

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.-  
vierteljährlich . . . . . 48.-  
halbjährig . . . . . 98.-  
jährlich . . . . . 192.-

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

## Henderson übernimmt den Vorsitz der Abrüstungskonferenz.

Genf, 21. Mai. Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Völkerbundes gab Henderson ein Telegramm Macdonalds bekannt, worin dieser seine Befriedigung über die Wahl Hendersons zum Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz ausdrückt und im Namen der britischen Regierung seine Zustimmung zu dieser Wahl erteilt.

Reichspräsident Dr. Curtius sprach seinerseits als Präsident des Rates seine Genugtuung über diese Mitteilung aus und dankte Henderson dafür, daß er die ungeheure Verantwortung eines Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz übernehmen wolle. Der Völkerbund habe gewiß für diese schwierige Aufgabe keinen besseren Präsidenten finden können, und die Wahl Hendersons sei eine Gewähr für den Erfolg des großen Werkes, das zur Sicherung des Friedens unternommen werde.

Der erste Punkt der Tagesordnung, die periodische Berichterstattung über den Stand der Realisierung der unter den Auspizien des Völkerbundes abgeschlossenen Verträge, gab einer Reihe von Ratsmitgliedern, darunter England und Frankreich, Anlaß zur Mitteilung ihres Beitritts zur Generalakte über die Schiedsgerichtsbarkeit.

## Die internationale Agrarbank.

Genf, 20. Mai. Der Völkerbundrat hat heute den Plan einer internationalen Agrarkreditbank, die in Genf unter der Oberhoheit des Völkerbundes errichtet werden soll, im Prinzip angenommen. Um die Tätigkeit der Bank, die auf Grund einer Konvention errichtet werden soll, vorzubereiten, hat der Rat die Einsetzung eines Organisationsausschusses beschlossen, dessen Aufgaben in einer nichtöffentlichen Sitzung des Rates noch näher festgelegt werden.

Was die Hilfe für Oesterreich anbetrifft, so wird höchstwahrscheinlich von der Errichtung eines eigenen Komitees Abstand genommen werden, da Oesterreich erklärt hat, in konkreten Fällen sich an die übrigen Ausschüsse, die für die einzelnen wirtschaftlichen Fragen eingeseht werden, wenden zu wollen. In Kürze soll auch eine Konferenz der interessierten Staaten einberufen werden, welche über die Art und Möglichkeit der Antragsstellung der internationalen Bankkonvention vom März des Vorjahres berichten wird.

## Demission des belgischen Kabinetts.

Ueber die Militärkredite gestürzt.

Brüssel, 21. Mai. (Eigenbericht.) Heute nachmittags wurde in der Kammer die Demission des Kabinetts als das Resultat einer sehr bewegten Kabinettsitzung bekanntgegeben. Die Regierung ist nun doch über die Militärkredite gestürzt.

Nachdem die Kammer den Antrag Dumans auf Vertagung der Beratung der Militärkredite abgelehnt hatte, erklärte Ministerpräsident Jaspars, die Regierung sei mit den Verbesserungsvorschlägen Boulets, der die Militärkredite mit Ausnahme derjenigen für den Bezirk Antwerpen billigte, und ebenso mit dem Vorschlag des katholischen Abgeordneten Ward, der die in Höhe von 200 Millionen Franken geforderten Kredite auf 175 Millionen verzinbert wissen wollte, einverstanden.

Aber auch dieses Zugeständnis reichte die Regierung nicht mehr. Der Abgeordnete Deweze erklärte im Namen der Liberalen, daß diese dem Vorschlag Ward als Stimmentausch nicht zustimmen könnten. — Hieraus legte Deweze, der eben erst neu ernannte Postminister, während die Sitzung in vollem Gange war, sein Amt nieder. Dieser Rücktritt verursachte große Bewegung und der Kammerpräsident mußte die Sitzung unterbrechen.

Inzwischen fand eine Besprechung der Mitglieder der Regierung mit den Fraktionsführern statt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte die Regierung ihren Beschluß mit, dem Könige ihr Rücktrittsgesuch zu überreichen.

Was nun geschehen wird, ist gänzlich ungewiß. Die Sozialisten haben, als die Sitzung aufgehoben wurde, Resolutionen gefordert. Ob es jetzt schon dazu kommt, erscheint aber fraglich.

## Ein mageres Resultat.

Die Beratungen der Europa-Kommission abgeschlossen.

Genf, 21. Mai. (C. P. B.) Aus den Beratungen der Europa-Kommission, die heute mit der Annahme einer längeren Resolution abgeschlossen wurden, und besonders der eingehenden Diskussionen in dem sogenannten Koordinations-Unterausschuß war ersichtlich, daß alle beteiligten Staaten volles Verständnis für die Bestrebungen um die Lösung der behandelten Fragen zeigten. Das politische Ergebnis der Arbeiten kann man besonders in folgenden Tatsachen erblicken:

1. Das Abkommen betreffend die Schaffung einer internationalen Gesellschaft für Agrarkredite wurde bei Abschluß der Tagung der Kommission von einer Reihe von Staaten, darunter von der Tschechoslowakei, Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Polen und Ungarn unterzeichnet. Der Vertreter der Schweiz kündigte die baldige Unterzeichnung an.

2. Die Frage der Vorzugszollbehandlung, die insbesondere von den Staaten der Kleinen Entente, und zwar in vollem gegenseitigen Einvernehmen geltend gemacht wurde, erfuhr einen bedeutenden Fortschritt, der darin beruht, daß aus einer Frage von einer bisher mehr oder weniger begrenzten regionalen Bedeutung eine gesamteuropäische Frage wurde. Das liegt sich darin, daß alle vertretenen Staaten nicht nur die Notwendigkeit, sondern

auch die Berechtigung einer speziellen Lösung dieser Frage anerkannten.

In den beschlossenen Resolutionen kann man einen Ausweg für die Freimachung von handelspolitischen Aktionen der interessierten Staaten erblicken. Man kann nicht daran zweifeln, daß diese Lösung der Ausgangspunkt zum Abschluß von bilateralen Handelsverträgen sein wird, welche den Intentionen der angenommenen Resolution entsprechen würden, welche es durch ihren weiten Wortlaut jedem Staate überläßt, nach seiner eigenen Situation die geeignetste Form für die innere Lösung dieser Frage zu finden.

3. Ein weiteres Ergebnis besteht darin, daß die Weitzbegünstigungsklausel als Grundprinzip der internationalen Handelspolitik in seiner Integrität erhalten werden soll, so daß ein eventuelles landwirtschaftliches Vorzugsregime eine besondere durch zeitweilig herrschende Verhältnisse begründete Ausnahme von diesem Grundsatz bilden würde.

4. Zeugnis von dem Bewußtsein der europäischen Gemeinschaft legt auch die Schaffung des Kreditkomitees ab, das zweckmäßig auch auf dem Gebiete der Finanzkooperation die gegenseitige Wirtschaftshilfe unterstützen soll.

## Anleihe nach kurzer Debatte genehmigt.

Nächste Parlamentsitzung erst am 11. Juni.

Prag, 21. Mai. Nach einer überraschend kurzen Debatte wurde heute im Abgeordnetenhause die neue Staatsanleihe unverändert in beiden Lesungen verabschiedet. Von Koalitionsseite sprach lediglich der tschechische Genosse Pils, und dies nur in Form einer kurzen sachlichen Bemerkung. Die Opposition entsendete außer zwei Kommunisten nur noch den Nationalsozialisten Geper und Herrn Mahr-Harting in die Debatte, die beide an der Vorlage kein gutes Haar ließen und die adventurlichsten Befürchtungen aussprachen, wozu man wohl die Anleihe verwenden werde und wie eigentlich die wirklichen Bedingungen der Anleihe aussehen würden. Gestimmlich übersehen beide Redner, daß es sich um nichts anderes als um eine Konvertierung handelt und daß der Vertrag mit dem Bankkonsortium schon am 28. d. perfekt werden soll, sie schon in der nächsten Woche Gelegenheit haben werden, sich zu überzeugen, ob der Motivbericht der Regierung, der die geplanten Bedingungen der Anleihe zitiert hat, tatsächlich gelogen hat oder nicht!

Zu Beginn der Sitzung sprach zunächst der tschechische Genosse Sedla im Anschluß an die Verhaftung der drei Lokalbahnen, die bereits gestern zur Debatte gelangten war, über die Ursachen der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit in der Slowakei. Große Schuld trage die Verzögerung der Durchrechnung der Eisenbahnzölle für die zahlreichen Lokalbahnen. So komme der Transport von Industrieerzeugnissen bis zu 28 Prozent teurer als in den historischen Ländern. Da dürfe man sich nicht wundern, daß in der Slowakei auch die letzten Reste der Industrie abgebaut werden und daß von einer Konvertenzfähigkeit nicht die Rede sein könne.

Die Abstimmung über die drei Lokalbahn-Verstaatlichungsvorlagen erfolgte erst am Schluß der Sitzung.

## Ueber die Staatsanleihe von 1688 Millionen

referierte für den Budgetausschuß Leplan [Lh]. Er betont, daß es um keine neue Belastung gehe und daß die Anleihe auch zu keinem anderen Zwecke verwendet werden dürfe, als im Geset vorgesehen ist (zur Bezahlung alter, höher verzinslicher Staatsschulden). Die jährliche Ersparnis für die Staatskasse betrage 24 Millionen. Gegenüber den Befürchtungen, daß die Anleihe vorzeitig sei, führt er an, daß die Verhältnisse auf dem Geldmarkt gerade jetzt außerordentlich günstig seien. Die Regierung habe den Weg eines Ermächtigungsgesetzes gewählt. In darin aber klar ausgesprochen werde, daß die Anleihe nur zu den vorgesehenen Zwecken verwendet werden darf, könne das Parlament dieses Gesetz nicht abstimmen, ohne befürchten zu müssen, daß es sich irgendwelcher seiner Rechte begeben.

In der Debatte sprachen außer den beiden bereits erwähnten Rednern noch zwei Kommunisten, von denen einer sich ausschließlich der letzten Trans-

parlamentung in Prag widmete, wobei er gegen verschiedene Kräfteausdrücke zur Ordnung gerufen wurde.

Damit war die Debatte beendet. Nach einer längeren Sitzungspause beschäftigte sich noch der tschechische Genosse Pils im Rahmen einer sachlichen Bemerkung mit der Vorlage, wobei er darauf verwies, daß eine Konvertierung vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit sicher zweckmäßig sei; zu bedenken sei nur, daß nicht auch eine ähnliche Aktion im größeren Maßstabe zur Konvertierung der Schulden der Selbstverwaltungsförder möglich sei. Redner befaßt sich mit der auch nach der Restrukturierung des Gemeindefinanzgesetzes weiter bestehenden Finanznot der Gemeinden und Bezirke und bespricht die Beschlüsse der Gemeindevertreterkonferenz der tschechischen Genossen vom letzten Sonntag.

Bei der folgenden Abstimmung wurde die Vorlage ohne Änderung angenommen. Abänderungsanträge waren überhaupt keine eingebracht worden, eine bei einer so wichtigen Vorlage sicher vereinzelte Erscheinung.

Darnach werden noch einige weitere Lesungen vorgenommen und Fristverlängerungen genehmigt. Bei der Verhandlung von Immunitäten wird u. a. Gajda wegen Ehrenbeleidigung ausgeliefert.

Während der Sitzung wurde ein Initiativantrag Jurnečková—Blatný und der anderen weiblichen Abgeordneten der Koalition aufgelegt, in dem die Erlassung eines Gesetzes über die Quertennung des Titels „Frau“ an unverheiratete Frauen gefordert wird.

Jede Frau soll nach erreichen 21. Lebensjahr, in bestimmten Fällen auch früher, das Recht haben, beim zuständigen Vormundschaftsgericht um die Quertennung des Titels „Frau“ anzusuchen. Das Gesetz hat auf Grund der Personaldokumente das entsprechende Dekret auszufertigen und zugleich davon die Heimatgemeinde, das Ratifikat und die Aufenthaltsgemeinde der Frau zu verständigen. Falls es sich um eine uneheliche Mutter handelt, ist Vorsorge zu treffen, daß diese Änderung auch überall in den Personaldokumenten des Kindes durchgeführt werde. Wer die Trägerin des Titels „Frau“ oder das Kind einer unehelichen Mutter dem öffentlichen Gespött oder der Verachtung aussetzt, soll mit Gefängnis von drei Tagen bis zu einem Monat, in erschwerenden Fällen bis zu drei Monaten bestraft werden und außerdem der Geschmähten eine angemessene Entschädigung bezahlen. Dem Entwurf ist eine ausführliche Begründung beigegeben.

In den Arbeiten des Parlaments tritt nunmehr wieder eine längere Ferienpause ein. Die nächste Sitzung ist für Donnerstag, den 11. Juni, 15 Uhr, anberaumt. Tagesordnung: Aufrechterhaltung des Verfahrens, Immunitäten, zweite Lesungen.

## Unser täglich Brot.

In den letzten Monaten hat eine sprunghafte Steigerung des Preises des Roggens, also jener Getreideart eingeseht, deren Preis naturgemäß auf den Preis des Brotes von nachhaltigem Einfluß ist. Nachdem die vorjährige Roggenernte eingebracht worden war, hatten auf der Prager Produktenbörse — es war am 30. September — die Roggenpreise den Tiefstand erreicht, 100 Kilogramm Roggen kosteten damals Ks 83 bis 86, bis zum Ende des Jahres stieg der Preis auf Ks 96 bis 98, in den ersten zwei Monaten des Jahres 1931 hielt dieses langsame Steigen an (am 3. März betrug der Preis Ks 105 bis 107), während von da an ein rasches Steigen einsetzte, das am 5. Mai seinen Höhepunkt mit einem Roggenpreis von Ks 160 bis 164 erreichte. Ähnlich verhielt es sich mit dem Preis des Roggenmehles. Dasselbe kostete nach der Ernte am 30. September Ks 144 bis 150, stieg langsam bis zum Ende des Jahres auf Ks 153 bis 159, bis Anfang März weiter allmählich auf Ks 164 bis 170, um dann ebenfalls sprunghaft in die Höhe zu gehen und gleichfalls am 5. Mai den höchsten Preis von Ks 210 bis 245 zu erreichen.

Das Steigen der Preise von Roggen und Roggenmehl ist nicht eine Weltmarkterrscheinung — in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind innerhalb der von uns angeführten Zeit die Roggenpreise nur wenig in die Höhe gegangen — sondern ein spezifisch tschechoslowakisches Geschehen. Es hat seinen Grund nicht so sehr in der Tatsache, daß die Roggenernte im Jahre 1930 geringer war als im Jahre 1929 (17,2 gegen 18,3 Millionen Meterzentner) sondern darin, daß der Verbrauch an Roggen im Konjunktionsjahr 1930 bis 1931 größer war als ein Jahr zuvor. Dieser größere Roggenverbrauch war bedingt durch das Brotgesetz vom 10. April 1930, wodurch verfügt wurde, daß das Brot aus einer Mehlmischung hergestellt werden müsse, die 90 Prozent Kornmehl enthält. Ein weiterer Grund war das Gesetz vom 26. Juni 1930 über die Einfuhrscheine, wodurch die Ausfuhr von Korn begünstigt wurde und so dem Inlandmarkt weniger Korn zur Verfügung stand, schließlich das Gesetz vom 7. November 1930 über die Mehlmischung, wonach das Kornmehl 95 Prozent einheimisches Mehl enthalten müsse, wodurch also die Einfuhr von fremdem Kornmehl gehemmt wird. Obwohl die angeführten Gesetze nicht streng eingehalten wurden, wird doch der dadurch hervorgerufene Mehrverbrauch an Korn in der Tschechoslowakei auf zwei Millionen Meterzentner geschätzt. Aber selbst, wenn der Mehrverbrauch geringer ist als diese Schätzung besagt, so ist es zweifellos, daß die Landwirte vielfach Korn veräußert haben, weil sie beim Verkauf für Korn nicht viel erhalten haben und weil die Kornpreise niedriger standen als die Maispreise. Daß diese Feststellung richtig ist, dafür spricht auch, daß in die Tschechoslowakei weniger Mais eingeführt wurde als im Vorjahre.

Die Regierung hat nun verschiedene Maßnahmen ergriffen, um dem Steigen der Kornpreise Einhalt zu tun. Es wurde bis Ende Juni der Roggenzoll von 38 auf 13 Kronen herabgesetzt, es wurden Erleichterungen in bezug auf die Einfuhr von Roggen geschaffen, es wurde die Ausfuhr von Roggen an eine Bewilligung geknüpft, d. h. fast unmöglich gemacht, es wurde eine höhere Ausmahlungsquote für Korn verordnet und schließlich wurde verfügt, daß zur Brotbereitung statt 90 Prozent Kornmehl nurmehr 75 Prozent Kornmehl verwendet werden sollen. Tatsächlich haben diese Regierungsmaßnahmen Erfolg gehabt. Der Preis des Roggens ist in der Zeit vom 5. bis 19. Mai von Ks 160 bis 164 auf Ks 146 bis 149, der Preis des Roggenmehles in derselben Zeit von Ks 240 bis 245 auf Ks 227 bis 232 gefallen.



Dank der Mitarbeit der Sozialdemokratie in der Regierung und dank der Energie des sozialdemokratischen Ernährungsministers sind also in der Tat wirksame Maßnahmen getroffen worden, um dem weiteren Dinaufklettern der Roggenpreise ein Ende zu setzen und eine Verbilligung des Roggen und des Roggenmehles herbeizuführen. Außerdem kann man die wohlthätige Wirkung des gleitenden Zolles beobachten. Infolge der höheren Roggenpreise sinkt der Zoll, heute beträgt der gleitende Zuschlag K 16, aber es ist zu erwarten, daß im Juni auf Grund der gegenwärtigen Preise der gleitende Zoll um etwa K 16 auf rund K 30 herabsinken wird, wodurch also gleichsam automatisch der Erhöhung der Roggenpreise entgegengegriffen wird.

Es ist auch sehr zu begrüßen, daß das Ernährungsministerium dem Brotpreis die entsprechende Aufmerksamkeit widmet, es sind in verschiedenen Bezirken bereits Brotpreiserhöhungen erfolgt und es werden gegenwärtig Revisionen über Auftrag des Ernährungsministeriums durchgeführt, um auch da die Möglichkeit eines Eingreifens zu schaffen. Schon durch die verschärfte Kontrolle des Ernährungsministeriums werden aber vielfach Bestrebungen zur Erhöhung des Brotpreises, der sonst viel höher wäre, im Keime erstickt. Hätten wir heute die Regierung des Bürgerblocks, dann wären die Roggenpreise, aber auch die Brotpreise so in die Höhe geklettert, daß den Konsumenten Hören und Sehen vergangen wäre.

Allerdings könnten noch weitere Maßnahmen getroffen werden, durch die der Teuerung des Roggens und damit auch des Brotes Einhalt getan werden würde. So müßte der Termin, bis zu dem die Verabreichung des Roggenzollens gilt, von Ende Juni bis Ende August, das ist also bis zur neuen Ernte, verlängert werden, weil auf diese Weise der Spekulation, welche an eine baldige Inflationierung des höheren Zolles glaubt, begegnet werden könnte. Außerdem wäre sehr zu empfehlen, daß die Zuschlagszölle für den Monat Juni, welche Ende Mai festgesetzt werden müssen, recht bald bekannt gemacht werden und das Landwirtschaftsministerium nicht etwa die durch die Preiserhöhung des Roggens fällig gewordene Herabsetzung des Zollzuschlages sabotiert. Schließlich muß auch daran erinnert werden, daß die Militärverwaltung seinerseits, als der Roggenpreis tief stand, an der Börse große Vorräte gekauft hat und daß es bei dem gestiegenen Roggenpreis jetzt Pflicht der Militärverwaltung wäre, einen Teil dieser Vorräte wieder zu verkaufen und so einen Druck auf den Preis auszuüben.

Jedenfalls zeigt die Preisentwicklung auf dem Roggenmarkt in den letzten Jahren anschaulich das Chaos, das die privatkapitalistische Wirtschaft auf dem Gebiet der Ernährung des Menschen hervorruft. In die Preisentwicklung wird völlige Unsicherheit gebracht, der Bauer weiß nicht, was der Ertrag seiner Arbeit sein wird, wenn er auf dem Felde arbeitet und auch der Konsument ist fortwährenden Preisschwankungen ausge-

setzt. Die Anarchie der privatkapitalistischen Produktion bedroht immer mehr die Menschheit, bringt die stärkste Unsicherheit in ihre Existenz und läßt sie nicht zur Ruhe kommen.

## Der Kampf um die Selbstverwaltung.

### Tschechische sozialdemokratische Kommunalkonferenz.

Der am Sonntag, den 17. Mai d. J. im Zofienpalee stattgefundene, von mehr als 700 Delegierten aus allen Gebieten der Republik besetzte Kongreß der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Funktionäre in der Selbstverwaltung verdient nach mehr als einer Richtung hin Beachtung.

Der Kongreß hat schon durch seine Teilnahme, die ein verebtes Zeugnis für die Macht und Stärke unserer Bruderpartei ablegt, imponiert und den Beweis erbracht, wie lebhaft die Funktionäre der Partei auf alle Aktionen reagieren, noch mehr aber durch den Geist, der diesen Kongreß beherrscht und der ganzen Tagung den Stempel aufgedrückt hat.

Es war eine Tagung, die mit vollem Ernst, mit einer außerordentlichen Gründlichkeit und Sachlichkeit zu den die Selbstverwaltung tangierenden Fragen Stellung genommen hat, die aber vor allem den unbegrenzten Willen zum Ausdruck gebracht hat, in den Kampf für eine freie, ungeschränkte Selbstverwaltung einzutreten.

Schon bei der Eröffnung der Tagung durch den Parteivorsitzenden, den Abgeordneten Gen. Š a m p l, der in knappen Strichen die Bedeutung der Tagung skizzierte, konnte man wahrnehmen, daß der Kongreß von dem Willen befeuert ist, die vom Bürgerblock geschaffene Verwaltungsreform und das Finanzgesetz zu beseitigen.

Die Referenten der Tagung, Abgeordneter Gen. P i k und Landesauswahlschlichter Gen. K s a n d r, waren bemüht, rein sachlich und nüchtern zu den dem Kongreß gestellten Fragen über die Auswirkung der Verwaltungsreform und der Gemeindegesetze den Standpunkt der Partei zu präzisieren, sie haben sich lediglich darauf beschränkt, die für jeden, der die Verhältnisse objektiv betrachtet, sichtbaren Tatsachen anzuführen. Genosse M e i s n e r, der nach den Referenten zu Worte gelangte, hat in der ihm eigenen sachlichen Art und Weise aufgezeigt, daß

alle Voraussetzungen, von denen die Initiatoren der Verwaltungsreform und des Finanzgesetzes ausgegangen sind, nicht eingetroffen,

daß vielmehr die gegenteiligen Wirkungen zu verzeichnen sind.

Aus den Kongreßverhandlungen konnte man entnehmen, daß die Forderung nach Befestigung der durch den Bürgerblock der Selbstverwaltung auferlegten Fesseln heute nicht mehr von der Sozialdemokratie allein erhoben wird, sondern, daß gestützt auf die innerhalb zweier Jahre der Wirksamkeit der Verwaltungsreform und des Gemeindefinanzgesetzes gewonnenen Erfahrungen und vor allem dank der unentwegten unablässigen Aufklärungsarbeit unserer tschechischen Genossen die Erkenntnis darüber, daß die Laten des Bürgerblocks das Grab jeder Selbstverwaltung bedeuten, weite Schichten des Bürgertums erfasst hat.

Die vom Referat des Genossen Š a n d r vorgelegte Resolution spricht aus, daß das Gesetz im strengen Gegensatz zu demokratischen Grundsätzen stehe, auf denen die Tschechoslowakische Republik aufgebaut ist und daß die Erfahrungen, die bei der praktischen Durchführung des Gesetzes gewonnen wurden, den Nachweis erbracht haben, daß durch das Gesetz auch nicht eine Verein-

Das muß uns in dem Bestreben stärken, den rücksichtslosen Kampf gegen diese kapitalistische Anarchie bis zum Sieg einer organisierten sozialistischen Wirtschaft zu führen.

schung der Verwaltung, sondern vielmehr eine Komplizierung und Verschlechterung der Verwaltung

herbeigeführt wurde. In der Entschlieung wird von chaotischen Verhältnissen gesprochen, die durch die sogenannte Verwaltungsreform bewirkt wurden. Die Entschlieung stellt fest, daß das Streben der Bürokratie sichtbar dahin geht, die gewählten Mitglieder jedes Einflusses zu berauben. In äußerst scharfer Form wendet sich die Entschlieung gegen die Eigenmächtigkeiten der Landespräsidenten und der Bezirkshauptleute. Den gewählten Mitgliedern wird die Arbeit erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Die Konferenz erhebt das Verlangen nach Wiederaufrichtung der Souveränität und stellt unpräjudizierlich dieses Standpunktes für die Revellierung folgende Forderungen:

1. Die Mitglieder der Bezirks- und Landesvertretungen sind zu wählen. Das Ernennungsrecht ist zu sistieren.
2. Die Vorsitzenden der Bezirks- und Landesvertretungen, der Ausschüsse und Kommissionen sind zu wählen.
3. Die Kompetenz der freigewählten Organe ist in ihrem früheren Umfange wieder aufzurichten.
4. In die Selbstverwaltungsagenda sind auch alle hygienischen, sozialen, kulturellen, baulichen, kommunikativen und gewerblichen Angelegenheiten einzubeziehen, welche früher durch die politischen Behörden erledigt wurden.
5. Die Beamten und Angestellten der Bezirks- und Landesämter, welche die Selbstverwaltungsagenda erledigen, sind dienstlich und disziplinar der zuständigen Bezirksvertretung beziehungsweise dem Landesauswahlschlichter unterzustellen.
6. Die Finanzverwaltung der Länder und Bezirke ist zu verabschieden.
7. Innerhalb der kürzesten Frist ist eine neue Territorialeinteilung durchzuführen, und zwar so, daß die Neueinteilung der Bevölkerung voll entspricht.

In der zweiten Entschlieung, die sich mit dem Finanzgesetz beschäftigt, wird unter anderem ausgesprochen, daß das Gesetz Nr. 77 eg 1927 in der Geschichte der Tschechoslowakischen Republik als einer der schwersten Angriffe auf die Grundlagen, die Nachvollkommenheit und die Selbstbestimmung der Selbstverwaltung angesehen ist. Das Gesetz hat auch nicht die erwartete Besserung der wirtschaftlichen und Produktionsverhältnisse gebracht, es kann aber als Folgeerscheinung des Gesetzes

neben der Allgemeinen Wirtschaftskrise eine Krise der Selbstverwaltung

festgestellt werden. In der Entschlieung wird die geschichtliche Entwicklung der Selbstverwaltung in der Tschechoslowakischen Republik dargelegt und aufgezeigt, wie die Versuche nach Einschränkung der Selbstverwaltung systematisch betrieben wurden und wie unheilvoll sich alle diese Versuche ausgewirkt haben. Die Revellierung konnte bei weitem nicht die Schäden gumachen, die durch das Finanzgesetz vom Jahre 1927 verursacht wurden. Die Entschlieung beschäftigt sich dann eingehend mit den Methoden, die bei der

Behandlung der Vorschläge beobachtet werden. Durch die jetzt beobachteten Methoden werden die Gemeinden zur weiteren unproduktiven Verschuldung gezwungen. Es wird dagegen Einspruch erhoben, daß der Vorschlag nun als strenge Norm angesehen wird, außerhalb der nichts unternommen werden kann. Die Entschlieung fordert:

1. Der Ertrag der besonderen Bier- und Weinsteuer für das Jahr 1930 gemäß § 21 des Gesetzes Jahl 18930 ist gemäß den Bestimmungen des § 27 des Gesetzes J. 18930 den Gemeinden und Bezirken zur Deckung ihrer Abgänge für das Jahr 1930 tatsächlich zuzuwenden. Ebenso sind die Zinsen der Ausgleichsfonds für die Jahre 1929-1930 demselben Zwecke zuzuführen.
2. Reichen zur Deckung der Abgänge für das Jahr 1930 der Ertrag der Biersteuer und der Zinsen der Ausgleichsfonds nicht hin, hat die Regierung zu diesem Zwecke aus den Ueberschüssen der Umsatzsteuer für das Jahr 1930 beizutreten.
3. Gemeinden, deren die Steuergrundlage auf Grund der Abschaffung der Biersteuer herabgesetzt wird, ist der Entgang seitens des Staates durch Zuwendungen aus der Warenumsatzsteuer zu ersetzen.
4. Die Landesauswahlschlichter bewilligen den Gemeinden und Bezirken unmittelbare Zuschläge für das Jahr 1931, auch wenn der Vorschlag für das laufende Jahr noch nicht rechtskräftig festgestellt ist.
5. Der Etat hat gemäß §§ 30 und 21 des Gesetzes J. 7627 den Aufwand für das Erhalten, der Erbauung und Erhaltung der nichtstaatlichen Straßen zu übernehmen. Die Selbstverwaltung ist der Verpflichtung zur Deckung des sachlichen Aufwandes für die staatlichen Mittelschulen zu entbinden.
6. Bei Uebersetzung neuer Agenden aus dem Titel des übertragenen Wirkungsbereiches ist gleichzeitig auch die hiezu verbundene Bedeckung vorzusehen.
7. Bei den Landesgebührentaxen sind Kreditzentralen zu errichten zur Umwandlung billiger Kredite an die Selbstverwaltungskörper.

Grundätzlich wird dann gefordert:

1. Es ist ein definitives Finanzgesetz auszuarbeiten, das auf die Bedürfnisse der Selbstverwaltungskörper volle Rücksicht nimmt und durch welches die Nachvollkommenheit der Vertretungskörper in vollem Umfange gewährleistet wird.
2. Für die Ueberspanntheit ist das Gesetz 169 zu sistieren und die wirtschaftliche Gebarung nach dem Gesetz 2242 mit entsprechender Anpassung dieses Gesetzes an die gegenwärtigen Verhältnisse zu regeln.
3. Alle Gesetze der Selbstverwaltung sind klar und populär abzufassen, so wie dies bei dem Gesetz vom Jahre 1894 der Fall war.

Die Resolution schließt mit den Worten: „Das Jahr 1931 stehe im Zeichen des Kampfes für die Freiheit der Selbstverwaltung.“

Der Kongreß hat auch zur Wirtschaftskrise und der dadurch hervorgerufenen Arbeitslosigkeit Stellung genommen und eine Entschlieung folgenden Inhaltes angenommen:

1. Der Staat hat die Investitionsarbeiten fortzusetzen.
2. Die von der Selbstverwaltung in Angriff genommenen Investitionsprojekte sind aus Staatsmitteln zu subventionieren.
3. Die staatliche produktive Arbeitsbeschaffung und Ernährungsaktion ist fortzusetzen.
4. Der Selbstverwaltung sind beschleunigt die Vorschläge und die Darlehensanfragen zu erledigen.
5. Für die Dauer der abnormalen Verhältnisse ist der Selbstverwaltung die Einhebung einer besonderen Umlage zur Erwerbsteuer und außerdem

## Hinter englischem Staheldraht.

Von August Wostupatsch.

Kochdruck verboten. Alle Rechte vorbehalten.

Ueber alle, ausgebreitete Steinstrufen werden wir in ein laublos, pritschenloses Zimmer geführt. Durch die zwei großen, vergitterten Fenster blinzeln die Sterne. Dampf fällt die Tür ins Schloß und gleich darauf knirscht ein Riegel.

Verdammt; diesmal ist die Abmüherung anders ausgefallen, als ich sie mir vorstellte. Statt der liebevollen Begrüßung Antwerpener Mädels ein koller Fuhboden, dem selbst die spöttigste Phantasie kein freundlicheres Aussehen gibt. Wir sind handstüme und möchten gerne schlafen. Versuchweise strecken wir uns auf dem kalten Betonboden, doch unsere, an hohe Temperaturen gewöhnten Knochen halten die von unten kommende Kälte nicht aus und bis zum Morgen ist es noch lang. Wir klopfen an die dicke, mit Eisenblech beschlagene Tür, doch niemand kommt. Selbst als unsere Stiefelohrste gegen die Wöhlen trommeln, bleibt es weiter ruhig.

In das ruheloze Auf- und Abgehen, in die gegenseitigen Selbstvorwürfe, daß wir so dämlich waren und in das Palmas nicht einfach austriften, schlägt eine Uhr, und die graue Dämmerung findet uns müde und mit halbgeschlossenen Augen an den Wänden stehen.

Was hätten wir eigentlich getan, um wie Verdreher behandelt zu werden? Wir genüge das bisher innegehabte Plätzchen an der Sonne und auch die andern scherten sich den Teufel, ob von irgend einem Weittel ein Stück mehr dem deutschen Vaterland gehörte.

Der schwere Riegel an der Tür wird zurückgehoben. Wir folgen den uns winkenden Polisten über Stufen durch einen langen, fensterlosen und schmalen Gang.

„Eins — zwei; eins — zwei“; — ganz deutlich ist eine scharfe Kommandostimme zu hören, dabei das Geräusch feststapfender Schritte. Doch ehe noch zwischen uns das erste Wort fällt, knirscht wieder Eisen auf Eisen und wir erblicken hunderte von Menschen in allen Altersstufen, jeden blaue, Tabakschwaden, und ehe sich die Türe schließt, setzen sich „Achtereihen“ in Bewegung, marschieren im strammen Paradeschritt an zwei jungen, hochgewachsenen Burtschen vorbei, von denen der eine mit energischer Handbewegung dem „eins — zwei, eins — zwei“ mehr Kochdruck verleiht. Geschirrwäcker und Clerks, Stuaris und Musiker, Seelen aller Berufe, Vieren und Deutsche; dann schüchtern, immer an den Wänden stehend, „Auswonderer der Doppelmonarchie“, mit Anstiefeln und bunten Westen. In den breiten, knöchigen Gesichtern haben sie den stumpfsinnigen Ausdruck des strengen Gehorsams.

Die Mitte des nun leeren Arbeitsraumes ist Exerzierplatz, und Menschen, die schon längst den einstmalsigen Drill vergessen haben, marschieren unermüdetlich im „Zwischschritt“, folgen blindlings jedem Kommando. So vergehen Stunden; bald brüllen Hunderte zum regelmäßigen Gestamp der Füße die „Wacht am Rhein“ oder das „Deutschlandlied“. Bei vielen dürfte ob des plötzlichen Existenzverlustes, das vom Polizeigeist beherrschte Vaterland im neuen Glanz ersehen.

Endlich nach acht Tagen öffnen sich die hohen Pforten und wieder werden wir sorgfältig abgezählt, im Auto zur Bahn gebracht. Das Gepäc folgt in einem besonderen Lastenauto, wird uns erst nach Untersuchung im Camp ausgefolgt.

Das erste Auto ist seine Frucht noch nicht zur Gänze losgerorden, da stehen schon hunderte von Personen vor dem Bahnhof, die das Aussteigen der andern mit Pfeifen und Nohlen begrüßen. Doch das allein genügt nicht; die

liebenswürdigen Zurufe werden von der Geste des Halsabschneidens, einer energischen Zägebewegung über den Kehlkopf, untertünigt. Die zwei, für uns separierten Waggons sind leicht erkennlich; an jeder Tür stehen drei bis vier Tommy mit aufgepflanztem Gewehr, die bereitwillig mit einem Kolbenstoß nachhelfen, wenn es ihrer Ansicht nach nicht schnell genug geht. Aus der Halle sind es nur einige Schritte bis zum Wagen, aber jeder begegnet einer geballten Faust, einem nicht wiederzugebenden Schimpfwort. Die Zehnsucht nach der „Zonne“, die Nichtachtung des unterschriebenen „Regen Papiers“ büßen Zivilisten, für die es weder Grenzen noch Klassenunterschiede gibt.

Nur kurz die Fahrt. Auf einer ganz kleinen Station, die aber auf der Hauptstrecke „London-Liverpool“ liegt, steigen wir aus.

„Wo ist der Camp?“ — Ich drehe den Kopf, kann jedoch außer den roten Dächern und einem weißen, in der Sonne grell hervortretenden Kirchturm nichts entdecken, was ein Militärlager verraten würde. Die ganze Gegend ist flach und weit zu übersehen. In ihr fehlt die Industrie, fehlen die hohen Schornsteine und doch schlägt, einige Meilen entfernt, eine Pulsader im Weltverkehr.

Ein Sergeant hat Kommando und Führung übernommen. Zwanglos marschieren wir in „Reierreihen“, durch grüne Wiesen, gehen über Felder, auf denen nur mehr die Stoppel stehen und dann erblicken wir mit einemmal von der nächsten Steigung einen hohen Mittelbau, den zwei einstöckige Gebäude flankieren.

Wir sind nicht die Ersten. An den Aber zwei Meter hohen Staheldraht stehen Menschen, die ihre Hüte und Mützen schwenken, uns etwas zurufen. Im blaßblauen Aether steht hell die weiße Mondscheibe und über den roten Ziegelbau schweben Wöden; sie sind frei und unbengt. „Wann wird der Krieg zu Ende sein und mit dem Ende auch unsere Internierung.“

Da hatte ich genau so wie die andern Gefährten meine Nummer und nachdem man jeden Tag animal gezählt wurde, fiel es nicht schwer, sich diese zu merken. Und dieses Zählen ist immer Ereignis.

Wenn es bindfadenartig regnet, wenn der Nebel toll und schwer über dem leeren Fabriksgebäude und dem kleinen, von Staheldraht umzäunten Blage liegt, — wir in einer endlos scheinenden Schlangenlinie fröstelnd vor dem wieder geschlossenen Doppeltor stehen, Murren und Fluchen anbei, — Offiziers und Soldaten aufgeregter hin- und hergehen und dann nach zwei, oder oftmals dreimaligem Zählen die Zahl stimmt, ist der Abend da und die elektrischen Bogenlampen werfen ihren rötlichen Schein auf die Köpfe der um die Spielische Stehenden, die in „meine Lante — deine Lante“ ihre Barschaft zu verdoppeln glauben, meistens aber ihren letzten Pence verlieren.

Jeder Christ ist abends dicht unlogert. Neben dem Seemann, der schon längst sein Geld verspielt und nichts zu verkaufen hat, steht der aus einem Restaurant herausgeholt Keilner und hinter diesem, der mit zitternden Fingern seine Barschaft prüfende Pole oder Stowafe. Alle spielen mit einer Beifessenheit und Leidenschaft und bilden nur gierig auf die nach links und rechts fallenden bunten Bilder, auf die glühenden Finger des Bankiers, der gelassen zum neuen Spiel die Karten mischt.

Das nach einigen Tagen vom Lagerkommandanten erlassene Spielverbot wird in deutscher und englischer Sprache an den drei Toren des Gebäudes angehängt. Es bleibt wirkungslos. Jeder Bankhalter drückt dem inspizierenden Sergeanten warm die Hand und mit einem verständnisvollen Nicken geht dieser von Tisch zu Tisch; bleibt, wenn die Einsätze besonders hoch sind, interessiert stehen; gemeldet wird feiner.

(Fortsetzung folgt.)



eines progressiv abgestuften Steuer bei Einkommen über 20.000 K zu beschließen. Der Vertrag dieser Steuer wird einen eigenen Fonds zur Unterstützung der Arbeitslosen bilden.

Die Konferenz hat schließlich einer von anderer W. Schönberger Gemeindeverreter-Konferenz gemachten Anregung nach Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses zugestimmt. So hat denn die Konferenz fruchtbringende Arbeit geleistet. Ohne daß vorher ein Einvernehmen gepflogen wurde, kann festgestellt werden, daß beide Konferenzen nicht nur einig waren in der Beurteilung der Situation, sondern auch hinsichtlich der Maßnahmen, die unmittelbar in Angriff zu nehmen sind.

Vor der Kommunalkonferenz der tschechischen Genossen fand am Samstag eine Konferenz der in der Selbstverwaltung arbeitenden sozialdemokratischen Frauen statt. Auf dieser Tagung erstatteten Referate: die Genossin Zevotínová über die Arbeiten der kommunalen Frauenkommission, Genossin Káňdl, Bürgermeisterin von Kladruby, über die Arbeit in den Gemeinden, Genossin Dr. Křesajová über Kinderschutz und Genossin Karpíšková über die politische und wirtschaftliche Situation.

### Gesetz und Kubatgesetz.

Von Dr. Walter Laßig.

Man muß die beiden Begriffe streng auseinander halten: Kubats Zielsetzung in das Gebiet der Legislative hat ein außergewöhnliches Produkt geboren, einen selten geäußerten Beweis dafür, wie kurzlich Bürokratie zu handeln vermag, wenn sie sich in die ihr niemals zustehende Aufgabe der Rechtsgebung drängt. Dieser Erlaß Kubat ist ein psychiatrisches Wunder, vollbracht von einem der höchsten Staatsbeamten der Republik, die in der Präambel ihrer Verfassung verkündet, daß der Wille des Volkes die einzige Quelle des Rechts sei. Wie heute schon feststeht, wird es außer wenigen Allüren Merkmalen oder Rechtsbaronen keine Bewässerungsklassen geben, die Kubat wegen seines Kunststückes etwas anderes als schleunigste Demission empfehlen, die das Groteske seines Erlasses und sein noch unverständlicheres Festhalten am Festgefahrenen sei einmal ganz kühl an Hand der noch bestehenden Rechtsordnung aufgezählt.

Kubat wagt in seiner Verordnung auf die zu lösende öffentliche Sittlichkeit; leider ist es bisher seinem einzigen Laien oder Wissenschaftler geblieben, dieses angebliche Rechtsgut zu definieren und damit feste Richtlinien zu geben, was damit eigentlich geschützt werden soll. Wir wollen darum dieses Motiv beiseite lassen und daran festhalten, daß Präsident Kubat einer der ersten Beamten der Staatsverwaltung ist, die dazu berufen erscheint, im Rahmen der Gesetze öffentliche Angelegenheiten zu vollziehen; denn darüber besteht weder in der Theorie noch in der Praxis seit Maria Theresia ein Zweifel, daß Gesetzgebung und Rechtsprechung von der Verwaltung und nicht umgekehrt getrennt sind, daß daher die Organe der Staatsverwaltung niemals das Recht haben, Gesetze zu ändern oder zu schaffen. Daran hat auch die tschechoslowakische Verfassung festhalten; auch die tschechoslowakische Verfassung ist nicht defizient darum ausdrücklich, daß Verordnungen der Organe der Staatsverwaltung nur innerhalb des Rahmens bestehender Gesetze und in deren Durchführung erlassen werden dürfen. Wie sieht man dieser Rahmen aus, den Kubat durch seine Verordnung — ich nehme an in gutem Glauben — ergängen wollte?

Bei Beurteilung der Rechtslage muß man nur daran festhalten, daß die Verordnung in zwei Rechte der Bürger eingreift: das Hausrecht und das Recht der persönlichen Freiheit. Man könnte nur wegen des Hausrechtes der Ansicht sein, daß der Verordnungsgeber und Trampbütten im Sinne des Gesetzes keine Häuser sind; diese Ansicht widerspricht aber der tatsächlichen und Rechtslage. Erstens handelt es sich in den meisten Fällen um kleine Gebäude, die mit Grund und Boden fest verbunden sind, um Stätten, die zum Wohnen bestimmt sind und dem dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt von Menschen zu Wohnzwecken dienen, um Bauwerke, die in den Dörfern Konfessionsnummern haben, also vom Staat als Wohnhäuser angesehen werden und meistens nehmen die Gemeinden über höheren Befehl das Recht in Anspruch, auch Gasthäuser zu untersuchen. Die vom Gesetz im § 112 der Verfassung, § 83 des Strafgesetzes Bestimmungen über den Hausfriedensbruch und § 6 des Verfassungsgesetzes vom 9. April 1920 garantierte Unverletzlichkeit des Hausrechtes ist also von Kubat einfach aufgehoben worden; denn das Verfassungsgesetz läßt eine Hausdurchsuchung nur über richterlichen Befehl oder bei Ergreifung auf handhafter Tat zur Durchführung eines Strafverfahrens zu. Darum kann es sich in diesem Fall aber nicht handeln, weil es kein Strafrecht gibt, das von den nach Kubatrecht festgestellten Verletzungen abhängt, es kann darum keine Hausdurchsuchung zwecks Durchfuhrung eines Strafverfahrens eingeleitet werden, das auch niemals beabsichtigt, man will nur ein Verbrechen einleiten, das mit den Verbrechen nichts zu tun hat. Es kann darum auch im Sinne der §§ 139 bis 142 der Strafprozessordnung keine nachträgliche richterliche Genehmigung der Durchfuhrung erfolgen, die Durchfuhrung ist also in freiem Widerspruch mit dem Strafrecht, keine Straftat ohne gesetzliche Bestimmung kennt. Kubat verbietet dann weiters das gemeinsame Lagern, Zingen unzüchtiger Lieder, Baden außerhalb erlaubter Stellen. Durch gemeinsames

Lagern von Menschen verschiedenen Geschlechtes würde noch in keinem Staat dieser Welt ein Strafgesetz verleiht, diese jetzt durch den Stoi der Bürokratie gezeugte „Handlung“ ist ein kleiner Teil der persönlichen Freiheit — die nur durch das Gesetz beschränkt werden darf — jener Freiheit, die im § 107 der Verfassung und § 1—5 des Gesetzes vom 9. April 1920 ebenfalls für heilig erklärt wurde. Das Baden außerhalb erlaubter Stellen zu verbieten ist ebenso überflüssig und diametral, wie das Verbot des Waffentragens; denn beides ist straflos und im Waffenpatent bereits mit Strafen bedroht und Kubat hat damit nur gezeigt, daß er nicht einmal die Grundbegriffe unseres Rechtssystems innehat. Wenn schließlich junge Menschen in freier Natur „unzüchtige Lieder“ singen, so wird dadurch auch niemand in seinem Recht verletzt, denn das öffentliche Gut ist jedermann zugänglich und „unzüchtige Lieder“ hat nicht einmal unser 128 Jahre altes Strafgesetz verboten. Aber abgesehen davon kennt unser Strafgesetz im § 516 und 525 Bestimmungen über Verletzung „öffentlicher Sittlichkeit“ und man darf wohl mit einiger Berechtigung annehmen, daß in dieser Hinsicht der Maßstab eines Meterrichs oder der Monarchie für die freie Republik nicht zu eng sein wird.

Es bedarf also keiner besonderen Gesetzeskenntnis, um zur Feststellung zu kommen, daß der Erlaß einen klaren Rechtsbruch bedeutet; es ist aber eine der bedauerlichsten Sonderheiten unseres Rechtssystems, daß daraus für den Staat keine Verpflichtung zum Erlaß irgend eines Erlasses erwächst. Die Verfassung stellt zwar ein solches Gesetz in Aussicht, wobei ist es aber dazu gar nicht gekommen. Im Fall Kubat ist das um so ärger, als nicht etwa gewöhnliche, sondern Verfassungsgesetze gebrochen werden, Gesetze,

die nur wieder durch Verfassungsorgane geändert werden können, was eine Mehrheit von Dreifünfteln aller Mitglieder der Nationalversammlung erforderlich ist. Wenn nun mitten in der Nacht die sogenannten Hüter der Rechtsordnung in Behauptungen eintreten, dann sollte der Laie meinen, daß man sie einfach hinauswerfen könnte; man geschä! Jeder Widerstand wird zum Verbrechen, wenn er tödlich ist (§ 81 Str.-Ges., Artikel bis zu fünf Jahren), sonst zum Vergehen, ganz ohne Rücksicht darauf, ob die „Ordnung“ ihre Pflicht erfüllt und die Gesetze einhält. Es würde sich für den Richter nur die Möglichkeit ergeben, den Strafschlichtungsgrund des unüberwindlichen Zwanges oder der Sinnesverwirrung zuzubilligen; die jetzige Praxis der Strafsprechung läßt das aber nicht vermuten.

Rach allgemeiner Ansicht ist gegen einen Beamten, der das Gesetz verletzt, sofort das Disziplinarverfahren einzuleiten, er ist seines Amtes zu entheben und die Gesetzesverletzung ist sofort unmöglich zu machen. Kubat ist Staatsbeamter, er hält an seiner lächerlichen Verordnung fest, er bricht; dadurch immer wieder das unverletzliche Recht des Bürgers auf Verfassungsfreiheit; was wird geschehen? Gibt es noch praktische Kräfte, die gegen die Bürokratie wirksam werden können? War es notwendig, die auf Grund des Gesetzes vollkommen berechnete Proletarversammlung gewaltsam aufzulösen, die jugendlichen Teilnehmer mit dem Verbote zu verjagen, den Wenzelsplatz und die Hochstraße in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln und als Ordnung des Ganzen die Versammlungsteilnehmer als Gefinde zu bezeichnen? Das Recht steht diesmal jedenfalls nicht auf Seiten der Staatsverwaltung!

### Mit uns die Jugend — mit uns die Zukunft!

Prächtige Kundgebungen der sozialdemokratischen Jugend am 17. Mai. Massenaufmärsche in allen Bezirken.

Jugend, wir rufen dich — das war die Parole der Werbeaufmärsche der gesamten proletarischen Organisationen. Die Aufmärsche waren in allen Städten glänzend besucht und ein voller Erfolg. Sie bereiten aber nicht nur Freude, sondern sie waren auch eine Warnung an unsere treuen Gegner. Die Nazis, die ununterbrochen von der ausstehenden Sozialdemokratie zu erzählen wissen, werden sehen haben, daß bevor die sozialdemokratische Bewegung aufsteht, sämtliche falschen Strömungen zum Teufel gehen. Unsere Kundgebungen waren aber auch eine nicht mißverständliche Antwort an die Kommunisten, die immer von den Sozialisten sprechen. Die Einigung der Arbeiterjugend, der Zukunft der Arbeiterklasse, vollzieht sich unter den Fahnen der internationalen Sozialdemokratie. Mögen auch die Gegner hier und da Augenblicke der Irrung erleben, die Jugend und die Zukunft gehören doch uns.

Es marschieren einige Organisationen auf. Turner, Sozialistische Jugend, Kinderfreunde, Rote Falken, Sängler und Partei. Ein Wille und ein Ziel verbindet alle Organisationen zu einer Einheit. Der 17. Mai war ein glänzender Beweis für das Zusammengehörigkeitgefühl, das alle Bewegungen der sozialdemokratischen Partei verbindet. Es gibt keinen Streit und auch keine Invidien. Wir stehen alle geschlossen und einig zur Partei. Die Jungen und die Mädchen der Arbeiterklasse stehen in einigen Organisationen, sie dienen aber dem einen gleichen Ziele, der Vervollendung des von unseren Vätern begonnenen Werkes. Das ist die große Lehre, die uns der 17. Mai gab. Wir rufen die Jugend — sie kam. Wohlauf, Jugend, marschiere so weiter!

Zu besonders prächtigen Kundgebungen wurden die Werbeaufmärsche im Karlsbader Kreis. In Kofchava fand bereits am Samstag eine Werbefahrt statt, die sich am Sonntag dann der prächtige Aufmarsch mit einer großen Kundgebung anschloß. Eger leitete die Aktion mit einem Werbeturnen und einem Werbefahrt ein, während die Radfahrer eine Werbefahrt und die Sängler ein Werbeturnen auf den Stadtplatz veranstalteten. Dann bewegte sich der farbenprächtige Zug durch die dichtgefüllten Straßen und mit einer großen Kundgebung fand der Werbetag der Jugend sein Ende. — In Elbogen war der Aufmarsch und die Kundgebung ebenfalls ein voller Erfolg unserer gesamten Bewegung. Mit turnerischen Übungen auf dem Sportplatz wurde der Tag beendet. — In Falkenau marschierten viele hunderte Burden und Mädchen sowie Erwachsene in dem farbenprächtigen Zug. Eine große Kundgebung schloß unsere Werbeturnen ab. — Ueberaus eindrucksvoll war die Kundgebung in Stralitz. Samstag abends fand ein Konzert statt und der Arbeiterturnverein führte eine eigene Werbeturnen durch. Am Sonntag marschierten dann alle proletarischen Organisationen auf und bewiesen, daß sie der Gewinnung der proletarischen Jugend das größte Augenmerk zuwenden. Eine Kundgebung und turnerische Spiele beendeten die würdige Veranstaltung. — Auch in Jochimschitz war ein großer Aufmarsch der RW der Arbeiterturner, der sozialistischen Jugend und der Partei. — Besonders eindrucksvoll war die Manifestation in Karlsbad. Drei Sternfaszeten leiteten die Kundgebung ein. In einem prächtigen Aufzuge marschierten die vielen Hundert jungen Menschen auf den Kundgebungsplatz. — In Königsberg hatte sich

die Jugend bereits am Samstag abends zu einem schönen Aufmarsch getroffen, der bestimmt einen tiefen Eindruck auf alle Zuseher machte. Auf dem Marktplatz fand eine große Kundgebung statt. — Ein Massenaufmarsch war der Jugend aufmarsch in Reudel. Alle Arbeiterorganisationen wetteiferten brüderlich an der Ausgestaltung dieses Feiertages. Ein imposanter Aufmarsch und eine große Kundgebung erbrachten den Beweis, daß der größte Teil der arbeitenden Jugend in den Reihen der Sozialdemokratie steht. — Auch in Petschen gestaltete sich der Aufmarsch der Arbeiterturner und der Partei zu einer würdigen Jugendwerbeturnung.

Herrlich war der Aufmarsch in Kuffig. Ein prächtiges Wetter half mit, die Kundgebung der 300 jungen Menschen zu einem unvergesslichen Erlebnis zu gestalten. Während der Kundgebung führten die Turner ein großartiges Fahnenmanöver durch. — Bodenbach. Zeichen konnte nicht zurechtfinden. In einem farbenprächtigen Zuge marschierte die sozialdemokratische Arbeiterjugend zu ihrer Kundgebung, die einen tiefen Eindruck auf alle Zuschauer machte. — Auch in V. Leipa wurde die Werbeturnung der Arbeiterjugend durchgeführt. Die Partei überreichte der Jugend eine schöne Zierfahne. — Zu prächtigen und eindrucksvollen Kundgebungen wurden die Aufmärsche im Teplicher Kreis. In Ofseg fand die Kundgebung für die Bezirke Dur und Bilu statt. In einem endlosen Zuge marschierten die jugendlichen der verschiedenen Organisationen zu einer imposanten Kundgebung auf. — Gorkau hatte wohl noch nie einen so großen Jugendaufmarsch gesehen, wie am 17. Mai. Amzug und Kundgebung waren gleich gut besucht. — Es fanden dann weiter noch schöne Kundgebungen in Zaaz und Postelberg statt. — Eine prächtige Kundgebung fand auch in Trautenau statt, wo die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen den weiten Weg nicht scheuend, in Massen am Aufmarsch teilnahmen. Am Abend vorher wurde bereits ein Fackelzug durchgeführt. In Reichenberg, Gablonz, Tanwald und Grottau wurden überall Jugendwerbeturnungen abgehalten. Auch Zschka bezeichnet einen stattlichen Werbeaufmarsch. Eine überaus große Kundgebung fand in Brann statt. Sie wurde bereits am Samstag abends durchgeführt und mit einem eindrucksvollen Fackelzug eröffnet. — Ueberaus gute Berichte liegen uns aus Schlessen vor. Dort fanden in Bennisch, Neutischin, Wagstadt, Wigtadil, Jägerndorf, M. Ostrau, Würdenthal, Tsch. Zeichen und in Freistadt Werbeaufmärsche, Fackelzüge, Kundgebungen, Werbeturnen und Werbeturnungen statt. In einzelnen Orten vertriehen die Nationalsozialisten die Kundgebungen zu lösen. Sie wurden aber während in die Schranken gewiesen. Der Jugendwerbeaufmarsch im Troppauer Kreis war ein voller Erfolg, den sich vorher niemand vorstellen konnte. Er war der beste Beweis für die Tatsache, daß die proletarische Jugend in ihrer Mehrheit doch in unserem Lager steht. Aus vielen anderen Orten sind die Berichte noch ausständig. In dem Aufmarsch in Freyburg nahmen 400 Personen teil. Die Kundgebungen überdies nicht nur durch ihre Stärke, sondern auch die farbenprächtige unserer Aufmärsche. Das schöne Bild der Kundgebung der sozialistischen Jugend verwoh sich mit dem Weiß und der bunten Sportkleidung der Turner, mit dem Grün der Falken und dem herrlichen Rot unsere Fahnen zu einer einzigen far-

benennung. Es marschieren Burden und Mädchen gemeinsam auf, befehend, daß die Befreiung der proletarischen Jugend nur das gemeinsame Werk beider Geschlechter sein kann.

Es gilt nun, unseren Erfolg auszunützen. In rastloser Arbeit in jedem Verein, in jeder Gruppe, in jedem Orte für die Befreiung der noch absetzenden Burden und Mädchen zu sorgen. Wir rufen die Jugend, auch jene Jugend, die heute noch irrt und in den Klauen des Nationalismus gefangen gehalten wird. Jugend, wir rufen dich zum Kampfe für eine schönere Welt. „Jugend, wir rufen dich“ ist die Parole, die es weiter in die Tat umzusetzen gilt.

### Behrtausch des Senates.

Mittwoch gegen Abend erstattete Verteidigungsminister Dikostov im Behrtausch des Senates einen ausführlichen Bericht über verschiedene Veranlassungen, so über die Reformierung der Dienststellen für Offiziere, Väterdienende und Zivilangestellte. Er führte u. a. an, daß die Zahl der Dienststellen für Jährliche (der höchsten Unteroffizierschicht), um nicht weniger als 1187 erhöht worden sei; von den längerdienenden Unteroffizieren sind nunmehr 37,8 Prozent Rottmeister, ebensoviel Stabsrotmeister und 24,4 Prozent Jährliche. Ausführlich verbreitete sich der Minister über den Stand des Flugwesens, wobei die gewöhnlichen Klagen über die Unzulänglichkeit der beizuliegenden Mittel zu hören waren. Das Budget für das Flugwesen sei zwar im letzten Jahre um 29 auf 90 Millionen erhöht worden, aber die Anschaffung der modernsten Einrichtungen für Flugzeuge erfordere große Summen. Infolge des Mangels an Mitteln sei unser Flugwesen eher in rückläufiger Bewegung. U. a. beauftragte der Minister die Subventionierung der heimischen Flugindustrie, die mindestens in der Höhe sein müsse, einen Roder tüchtiger Ingenieure und Arbeiter zu erhalten. Zum Schluß beantwortete der Minister verschiedene Anfragen. In der Debatte sprach u. a. Senator Kiofač (tsch. Nat.-Zog.), der tschechische Genosse Koval und

### Genosse Joki

der sich zunächst auf die Ausführungen des Genossen Heeger im Abgeordnetenhaus bezog. Zu der angelegentlichsten Berücksichtigung der Angelegenheiten erklärte er, daß dies auch in der Richtung erfolgen müsse, daß nicht offenkundig Unzulänglichkeiten als tauglich erklärt werden. Man gehe schon so weit, selbst Unfallsrentner, die zu 45 Prozent erwerbsunfähig sind, als tauglich zu erklären. Weiters verlangte Genosse Joki, daß in Fällen, wo der Anspruch auf die Einziehung in die Erbschaftssteuer erst während der Präsidienzeit entsteht, die Verrechnung in die Erbschaftssteuer noch durchgeführt werde; wenn dies nicht möglich sei, dann sollte man wenigstens den betreffenden Soldaten dauernd beurlauben. Weiters verlangte Genosse Joki nachdrücklich, die ehele Durchfuhrung der Dienstvermittlung, namentlich bei der Infanterie könnte dies sofort geschehen. Auf das Kapitel „Lieferungen“ übergehend, besprach Redner die Brasilien beim Verkauf von Material, wenn das Budgetjahr zu Ende geht und die noch nicht aufgebrauchten Gelder schnell verbraucht werden, damit in kein Keller verfallen.

In einem Schlusswort ging der Minister auf einzelne Beschwerden ein und erklärte sich bereit, sie überprüfen zu lassen. Der Bericht des Ministers wurde dann zur Kenntnis genommen.

### Bizepräsident Dr. Poltner gestorben.

Mittwoch ist in Prag der Bizepräsident des böhmischen Landesschulrates Dr. Rudolf Poltner, der auch Mitglied der Prager Gemeindevertretung war, gestorben. Poltner war Nationaldemokrat und hat seine nationalistische Gesinnung auch als Bizepräsident des Landesschulrates nicht verleugnet. Es ist ihm auch nicht gelungen, aus dem böhmischen Landesschulrat eine moderne Körperschaft zu machen und allzu große Schulfreundlichkeit, insbesondere gegenüber dem deutschen Schulwesen, kann dem Verstorbenen nicht zum Vorwurf gemacht werden. Was an Reformbestrebungen aus dem Landesschulrat herauskam, wurde Poltner aufgegeben oder ihm vom Unterrichtsministerium dekretiert werden.

Die nächste Plenarsitzung des Senats findet nicht, wie geherrt irrtümlich berichtet wurde, am kommenden Donnerstag statt, sondern am kommenden Dienstag, um 4 Uhr nachmittags.

### Solidarität mit den streikenden französischen Textilern.

Paris, 21. Mai. Die Transportarbeitergewerkschaft von Roubaix, Tourcoing und Lille haben zur Unterstützung des Textilarbeiterstreiks in Nordfrankreich ihren Mitgliedern die Beförderung von Textilwaren unterlagt.

### Bodenreform in Spanien.

Madrid, 21. Mai. Die Regierung genehmigte gestern ein Dekret, durch welches eine Sonderkommission errichtet wird, die einen Entwurf für die Bodenreform vorbereitet. Der Ministerrat beschloß, öffentlich durch besondere Kundgebungen die Hauptlinien der vorbereiteten Bodenreform bekanntzugeben. Die Bodenreform wird sich nicht auf kleine Bauernschaften beziehen, die im Gegenteil Grundbesitz erhalten werden, und auch nicht auf Grundbesitz von mittlerem Ausmaß, die von ihren Besitzern selbst bewirtschaftet werden, sondern hauptsächlich Großgrundbesitz, die entweder schlecht bewirtschaftet werden, sowie die Pächterkommission tangieren.





Ein teutonisches Taufgelage? Ich bewache, das ist „Volksport“ der Patentzeuger! Die Arbeiterjugend gehört in den Arbeiter-Turn- und Sportverein! Dort finden sie körperliche und geistige Erleichterung.

### Tagesneuigkeiten

#### Wieder Absturz eines Militärflugzeugs.

Ein Flughüter schwer verletzt.

Prag, 21. Mai. (T.N.) Heute, Donnerstag, 10 Uhr vormittags, habarierte zwischen Bohdalitz und Pardubitz, südlich von Bilschau, das Militärflugzeug A 25-10, an dessen Bord sich der Flughüter Wenzel Krojadlo befand. Das Flugzeug war auf dem Wege von Brünn nach Prag. Nach Aussagen der Gendarmerte ist das Unglück auf Ansprechen des Motors zurückzuführen. Krojadlo flog, als er das Aussehen des Motors merkte, zweimal im Kreise herum, als wollte er einen günstigen Ort für eine Notlandung suchen und kurz darauf ab. Herbeieilende Zivilpersonen bestreuten den schwerverletzten Flughüter aus den Trümmern des Flugzeuges, der nach der ersten ärztlichen Untersuchung ins Böhmer Arantenhause eingeliefert wurde. Die Verletzungen sind ein gebrochenes Bein, Gehirnerschütterung und Gesichtswunden. Krojadlo ist bisher aus seiner Ohnmacht nicht erwacht. An der Absturzstelle traf eine behördliche Untersuchungskommission vom Prager Flugplatz ein.

#### Sechs Tote an einem Frühlingssonntag.

Für den Schwimmunterricht in den Schulen.

Ein Teplitzer Genosse schreibt uns: Der vergangene Sonntag war der erste frühlingswarme Tag des heurigen Jahres. In leichten Kleidern und mit lockenden Herzen zogen die Menschen in hellen Scharen ins Freie. Viele tausende haben sich an diesem Tage neue Lebensluft für die kommenden Wochen geholt und Kraft zum Kampf gegen das graue Elend unserer Zeit. Nicht zu verwundern, daß auch die Bäder, Teiche und die Flüsse Rekordbesuche aufzuweisen hatten. An allen Badestellen konnte man es wimmeln sehen — auch da, wo keine Bäume stehen. Trotz des Erlasses des Herrn Kubat.

Alle Volkshygieniker haben es gebührend zu schätzen gemerkt, daß unsere Jugend ihr Vergnügen nicht mehr im Wirtshaus sucht, sondern ins Freie geht. Seit die Landstraßen durch den zunehmenden Autoverkehr für den Wanderer fast unpassierbar geworden sind, ergießt sich der Strom der Stadtsüchtigen in die Bäder. Auch das werden alle einsichtigen Menschen begrüßen und die Städte, Gemeinden und auch eine Menge von Privatunternehmungen haben sich diesen Zug der Zeit zunutze gemacht und bauen Bäder. Eine sehr begrüßenswerte Sache.

Aber fragen wir uns einmal, ob denn mit dem Bau von Bädern für die Volksgesundheit genug getan wurde? Ob es genügt, tausende, hunderttausende in Bäder zu locken, ohne daß man auch nur das Geringste vorlehrt, um diesen Menschen die nötige Sicherheit zu geben. Die Sicherheitsvorkehrungen, die von den Bädernverwaltungen bis jetzt eingeführt wurden, sind soviel wie gar nichts nütze. Oder will jemand behaupten, daß für die Sicherheit dieser ungezählten Tausende Badender genügend gesorgt wäre? Ein einziger kurzer Blick in die Unfallchronik vom verfloffenen Sonntag lehrt uns, daß man diese Frage bis jetzt nur leichtsin behandelt hat.

Wir haben aus drei Blättern, der Teplitzer „Freiheit“, dem „Bravo Lidu“ und der „Ceskoslowenka Republika“ sechs Ertrinkungsfälle vom vergangenen Sonntag erfahren. Da diese Blätter aber nur einzelne Gebiete melden, muß man annehmen, daß die Zahl der Todesfälle an diesem einen Sonntag in der ganzen Republik noch viel höher war, wahrscheinlich das Doppelte oder Dreifache betrug. Wenn wir nun die Zahl der Ertrinkungsfälle den ganzen Sommer über wägen (eine Statistik darüber gibt es leider nicht bei uns) dann kommen wir zu erschreckend hohen Zahlen. Es wird uns dann klar, daß es nicht genügt, hier und da in einem Bad ein Rettungsboot einzustellen und wir müssen uns fragen, wie diese Opfer von Dumberten schunder, junger Menschenleben zu vermeiden wären.

Die Hauptursache der massenhaften Ertrinkungsunfälle liegt in der Schwimmunterrichts der breiten Massen. Unser Arbeiterturn- und Sportverband hat eine Reihe von Ertrinkungs-

fälle nachgeprüft und gefunden, daß der weit aus größte Teil der Fälle Nichtschwimmer betrifft. Das ist auch leicht verständlich, weil den Nichtschwimmer der geringfügigste Unfall das Leben kosten kann. Während sich nun die Bäderfreudigkeit der Bevölkerung grundlegend geändert hat, ist von den Behörden nicht das Geringste geschehen, um den Schwimmunterricht zu fördern. Die Methoden, die vor vierzig und fünfzig Jahren angewandt wurden und für die damaligen Verhältnisse auch genügt, sind heute noch im Brauch. Es ist hoch an der Zeit, daß sich die Behörden ernsthaft mit der Förderung befassen, die wir schon lange erheben: Einführung des pflichtmäßigen Schwimmunterrichtes an den Schulen. An einzelnen Orten sind Versuche gemacht worden, die bewiesen haben dürften, daß die Förderung unter Mithilfe von Schwimmfunktionären der Vereine usw. zu verwirklichen ist.

Ferner muß mit den althergebrachten Methoden des Schwimmunterrichtes aufgeräumt werden, die durchaus nicht geeignet sind, die Schwimmkenntnis unter Volk zu bringen. Dazu gehören ausgebildete Leiter. Wir fordern deshalb dringend, daß nur noch staatlich geprüfte Schwimmlehrer in den Bädern angestellt werden dürfen und daß die Prüfungsbestimmungen, deren Entwurf seit Jahren in den Schubladen des Ministeriums für Volksgesundheit liegen, beraten werden. Heute noch entscheidet bei der Anstellung in den Bädern nicht die Lehrfähigkeit und die Schwimmkenntnis der Bewerber und heute noch geben in vielen Bädern „Schwimmmeister“ Unterricht, die selbst nicht schwimmen können. Daß unter diesen Umständen von einer Förderung der Schwimmkenntnis nicht die Rede sein kann, ist klar und unser Ruf nach der obligatorischen Schwimmlehrerprüfung nur zu berechtigt.

Wir erwarten, daß sich die verantwortlichen Stellen sofort mit dieser Frage befassen. Wefa.

#### Selbstmord eines Reservisten

Prag, 20. Mai. Am 18. ds. wurde aus dem schwarzen Leich in Kallisch bei Komotau die Leiche des Reservisten Franz Trexler vom 46. Inf. Reg. herausgezogen. Trexler war verheiratet und diente eben seine Weisung ab. Er verließ am 17. ds. die Kaserne und ist nicht mehr zurückgekehrt. Nach der kommissionellen Beschau handelt es sich um einen Selbstmord, dessen Ursachen nach der Aussage der Frau und der Mutter des Toten in den unerfreulichen finanziellen Familienverhältnissen zu erblicken ist.

#### Transoceanflug einer Frau.

London, 21. Mai. „Times“ melden aus New York, daß die Pilotin Miss Ruth Nichols zu Beginn der nächsten Woche einen Transoceanflug von Harbour Grace nach Paris plant.

#### Internationale Solidarität.

Französische Arbeiter geben Kindern deutscher Arbeitsloser Ferienaufenthalt.

Paris, 21. Mai. Gestern abend sind 200 Kinder arbeitsloser deutscher Arbeiter aus Hamburg, Berlin und Leipzig in Paris eingetroffen, die als Gäste des vom französischen Allgemeinen Arbeiterverband (CGT) gegründeten Aktionskomitees für den Frieden auf einen Monat in dem Ferienheim auf der Insel Cleron untergebracht werden. An der kommenden Woche wird eine andere Gruppe von Kindern aus Nürnberg ebenfalls in das Ferienheim reisen.

#### Laboratoriums-Explosion tötet einen Erfinder.

Seine Gattin schwer verletzt. Philadelphia, 21. Mai. (Reuter.) Der Erfinder Chase Baxter, dessen Werkstatt mehr als 100 Erfindungen auf dem Gebiete der Funkentelegraphie und der Elektrizität vertrieben, wurde gestern bei einer Explosion in seinem Laboratorium getötet. Seine Gattin, die den Versuch unternahm, durch Einwickeln in Leiden, ihren Gemahl zu retten, wurde selbst überaus schwer an beiden Händen verbrannt.

#### Kinderpiel mit Schusswaffen.

Eger, 21. Mai. In Graslitz spielte in der Wohnung seiner Eltern der 11 Jahre alte Josef Blechschmidt mit einem Floberzgewehr, das seinem 18 Jahre alten Bruder gehörte. Pflösch frachte ein Schuh, und der im gleichen Zimmer anwesende Bürgerlicher Otto Meinalschmidt fiel mit einem Aufschrei zu Boden. Das Geschoss war ihm zwischen die Rippen in die Lunge eingedrungen und führte alsbald den Tod herbei.

#### So prügeln wir, so prügeln wir...

So prügeln sie — die Prager Polizisten — nicht gerade alle Tage, aber doch bei jedem sich bietenden Anlaß. Eben mit neuen, silberstropfenden Uniformen ausgestattet, mußten sie sich des größeren Glanzes auch durch erhöhte Aktivität würdig zeigen und so nahmen sie die Tramp-Versammlung, wie berichtet, zum Anlaß vielfachen „Einschreitens“. Unsere wiederholt ausgesprochene Ansicht, daß die öffentliche Ruhe eigentlich nur von der Polizei bedroht und gestört wird und

daß der ruhige Staatsbürger eher in finsterner Nacht unbehelligt durch die böhmischen Wälder als an einem Kampftag der Polizei über den Wenzelsplatz gelangt, wurde wieder vollauf bestätigt.

Die Tramps verließen ihre Versammlung, ohne irgendwelche Verhüte der Aufhebung. Die staatsgefährlichen Rufe lauteten im höchsten Fall: „Vejsna! Da erschien die Polizei und drängte prägelad und fluchend die Leute von den Gehsteigen auf die Straße, von wo sie andere Polizisten wieder auf die Gehsteige zurückjagten. Es ist das Lieblingspiel der Polizei, wo immer sie in Aktion tritt: „Weitergehen! — Stehenbleiben! — Weitergehen! — Stehenbleiben! — Weitergehen! — Stehenbleiben! —“ und so fort, solange es den Herren Uniformierten gefällt und bis sie endlich müde, durstig, ruhebedürftig sind. Das Spiel wurde noch auf dem Wenzelsplatz fortgesetzt. Genossen erzählen uns, daß sie zwischen drei Gruppen Polizisten und eine Wand gerieten. Von allen Seiten Kommando zum Weitergehen. Einer fragt ruhig, wohin er gehen solle, da doch von allen Seiten „Herren“ auf ihn eindrängten; „Bleiben Sie stehen!“ und schon hat er zwei Hiebe mit dem Bendrek abbekommen. Ein berittener Polizist tritt bis in einer der Passagen am unteren Wenzelsplatz, zwei andere folgend stehenden Mädchen in das Automatenbuffet und verlegten ihnen Hiebe, wobei sie erklärend hinzufügten: „Du mußt zu mir! (Du hast Du, da hast Du). Wer seinen Hut auf dem Kopf hatte, wurde als Probe angesehen und demgemäß mit dem Bendrek behandelt. Man ruht die Polizei auf ihren Vorbeeren aus oder wendet sich wieder der normalen Aufgabe, Verbrecher nicht zu erwischen. Im Herzen der Böhmer aber brennt die Sehnsucht nach neuen Taten gegen hilflose Jüdinnen und vielleicht der Leid auf die Kollegen Gendarmen, die am Samstag auf Westend-Razzia schick, während die Verbrecher aller Sorten, ungefährdet und von den Behörden geradezu ermuntert, ihrem Handwerk nachgehen können, das wieder goldenen Boden hat, seit die Obrigkeit Polizei und Gendarmerie für wichtigere Zwecke verwendet!

Die Nazi als Anbätzer. In einer nationalsozialistischen Zubelei über unseren Reichshäuser Jugendaufmarsch findet sich neben anderem Unfals auch die folgende Stelle:

„Wie weit die „Stille Erneuerung“ bei den Sozialdemokraten bereits gediehen ist, das zeigte eine Gruppe von Frauen und Mädchen, die halb nackt im Zuge marschierten.“

Ein Anblick, der einige loschwere Jüdinnen, die ihrer Leibgarde zwinkten, schier in die Ekstase brachte. Diese Art der Propaganda verleiht auch ihre Wirkung nicht, denn es schließen sich einige Blaufüßler dem Zuge an, gewiß, um am Kampftage mit diesen Amajonten über das marxistische Thema „Freie Liebe“ plaudern zu können.“

Es fehlten nur der Zopp Wankl als eigentlicher judendeutscher Nachmann für Sittlichkeit und der Herr Abgeordnete Kasper, der von derlei Dingen aus genug verstehen soll, um „loschwere Jüdinnen“ noch mancherlei Neues lehren zu können. Im übrigen aber wird der Sittensubstanz an den Hofenkreuzlern seine reine Freude haben. Vielleicht zieht er die Geliebten als freiwillige Kämpferin zu seinen Samstag-Schnuffel-Touren heran?

Wer ein Kind in Pflege oder an Kindesstatt annehmen will, muß hierzu — nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen — die Erlaubnis der Deutschen Bezirksjugendfürsorge einholen und vorweisen können; sollte jemand bereits ein fremdes Kind in Pflege haben, ohne daß die nächste Deutsche Bezirksjugendfürsorge davon Kenntnis besitzt, dann melde er dies sofort nachträglich bei der Bezirksjugendfürsorge an, um sich vor Strafe zu bewahren. Unkenntnis des Gesetzes gilt bekanntlich nicht als Entschuldigungsgrund! Jede Deutsche Bezirksjugendfürsorge und die Deutsche Landeskommission für Kinderstreu und Jugendfürsorge in Reichsberg sind jederzeit über Befragen gerne bereit, jedwede Auskunft kostenlos zu geben und an geeignete, linderliche Pflegeeltern oder kinderlose Ehepaare Kinder zur Pflege oder solche an Kindesstatt zu vermitteln. Vor jeder anderen Vermittlung oder Annahme von Kindern wird im eigenen Interesse gewarnt!

Katastrophaler Auto-Zusammenstoß. Unweit Friedrichshafen stieß ein Kraftwagen mit dem Dienstauto des Arbeitsamtes Ravensburg zusammen, wobei der Arbeitsamtsdirektor Brüste den Tod fand.

Liga für Menschenrechte gegen Kubot. Die Liga für Menschenrechte in der Zwischoslawei hat sich in ihrer gestrigen Ausschusssitzung mit dem Ersatz des Landespräsidenten über die Einschränkung des Logerns im Freien beschäftigt und ist zur Ansicht gelangt, daß durch diese Rundmachung Grundrechte der Bevölkerung verletzt werden. Der Ersatz billigt widersprechlich den Verwaltungsbehörden das Recht zu, die persönliche Freiheit des Staatsbürgers mit Ausschluß des Gerichtsweges zu beschränken und bevollmächtigt Staatsorgane, in das Privatleben des Staatsbürgers widerrechtlich einzugreifen. Der Staatsaussschuß der Liga für Menschenrechte ist der Ansicht, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung, falls eine solche durch das Logern im Freien zu Unzulänglichkeiten geführt habe, die Anwendung der gültigen Normen des Strafgesetzes genügt habe und genüge; daß es jedoch vollkommene ungenügend sei, daß im Landesverordnungswege die Grundrechte der Freiheit der Staatsbürger beschränkt werden.



Und nur, liebe Freunde, so wollen wir unsere Tatenrungen und Mädeln zu freien Menschen erziehen, die für eine neue und glücklichere Welt kämpfen werden. Väter und Mütter! Gütz Kinder in die Arbeiter-Turnvereine!

#### Kassa — Rektor der Deutschen Universität.

Gestern wurde zum Rektor der Deutschen Universität in Prag für das Studienjahr 1931/32 einstimmig der Professor des Zivilrechts Dr. Bruno Kassa gewählt. Der neue Rektor ist dank seiner politischen Tätigkeit auch weiteren Kreisen bekannt. Er gehörte in der Vorkriegszeit der Deutschen Fortschrittspartei, der Erbin der einstigen großen Liberalen Partei an, begründete dann nach dem Umsturz die deutsch-demokratische Partei, für die er 1920 ins Abgeordnetenhaus gewählt wurde, 1925 kandidierte er nicht, seine Partei ging später mit Dr. Kajscha eine Koalition ein, die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, als deren Vertreter er 1929 in die böhmische Landesvertretung und 1930 abermals ins Abgeordnetenhaus gewählt wurde; sein besonderes Interesse gilt juristischen sowie Fragen der Kultur- und auswärtigen Politik.

Feuerwehrmanns-Tod. Aus Neuhau wird uns geschrieben: Durch einen Brand wurden Mittwoch nachts in Oberceretive bei Neuhau die Wohn- und Wirtschaftsgebäude der Bauern Sul und Kuba vernichtet. Beim Löschen des Brandes wurde der Feuerwehrmann Franz Hajek von dem Draht der elektrischen Leitung, der durchschnitten werden mußte, erfasst und getötet. Hajek war vor nicht langer Zeit vom Militärdienst zurückgekehrt und sollte das Fleischaufbewerke nach seinem Vater übernehmen. — Es besteht die Vermutung, daß der Brand gelegt wurde.

Wenn man Dynamit zum Köcheln nimmt. Dieser Tage wurde in das Wäheroder Krankenhaus der schwerverletzte Gemeindefeuerwehrmann Josef Jahn aus dem Städtischen Sobranu eingeliefert. Er wurde, als er in einem nahegelegenen Bache mit Hilfe von Dynamit fischte, verletzt. In dem Augenblick, als Josef ein angezündetes Geschoss in den Bach werfen wollte, explodierte es plötzlich in seiner Hand, riß ihm die rechte Hand im Schultergelenk in Stücke und fügte ihm erste Verletzungen im Gesichte und am ganzen Körper bei. An Josefs Genesung wird gezweifelt.

Bei der Rettung einer Gans tödlich verunglückt. Gestern ereignete sich in Ober-Lohmo bei Franzensbad ein schwerer Kraftwagenunfall. Um eine Gans, die Gefahr lief, von dem Kraftwagen der Egerer Firma Reinhardt u. Co. überfahren zu werden, zu retten, stürzte sich die 35 Jahre alte Maurergattin Margaretha Kränzl dem Auto entgegen. Es gelang ihr zwar, die Gans vor Schaden zu bewahren, sie selbst wurde jedoch von dem Auto erfasst und sehr schwer verletzt. Die Frau, die Mutter mehrerer Kinder ist, dürfte kaum mit dem Leben davonkommen.

Deutscher Juristentag. Für die heute, Freitag zum Juristentag reisenden Teilnehmer ist beim Pariser Schwellzug, der um 11.30 Uhr vom Prager Wilsonbahnhof abgeht, ein Wagen reserviert. Beim Schwellzug, der um 2 Uhr nachmittags vom Wilsonbahnhof nach Eger abgeht, ist eine Anzahl von Waggons zweiter und dritter Klasse reserviert. Legation als Juristentagsteilnehmer ist vorgewiesen.

Schrecklicher Tod eines Kindes. In Rehm bei Bad Combach trat das zweijährige Kind eines Schlossers eine flache Schusspatrone aus und starb innerhalb einer halben Stunde unter den schrecklichsten Schmerzen.

#### Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen Samstag.

Prag: 11.15 Schallplatten, 12.25 Mittagskonzert, 16.30 Nachmittagskonzert, 18.30 Deutsche Sendung; Sax: Klavierwerke, 19.05 Schöner Musik, 21.00 Populäres Konzert. — Brünn: 11.15 Schallplatten, 12.25 Mittagskonzert, 18.30 Deutsche Sendung; Weber von Josef Strauß, Johann Strauß und Gounod, 21.00 Populäres Konzert. — Rätz: 11.00 Populäres Schallplatten, 12.25 Musik. — Bregburg: 11.30 Schallplatten, 12.25 Mittagskonzert, 18.30 Schallplatten, 20.05 Biederlingkonzert. — Frankfurt: 18.15 Weber: Wirtschaftliche Arbeitslosigkeit und deren Behebung. — Hamburg: 20.00 Offenbach-Operette. — Kollon: 18.00 Konzert, 21.00 Abendkonzert.



# Für Raucher: Chlorodont-Zahnpaste

Verlangen Sie nur echt Chlorodont und weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

Tube KŁ. 4.—  
große Tube KŁ. 6.—

## Der Vertrauensmann

liest die

# Tribüne

Monatsschrift für Arbeiterpolitik und Arbeiterkultur.

Die „Tribüne“ unterrichtet den sozialistischen Vertrauensmann über die aktuellsten Probleme des internationalen Sozialismus, der Ökonomie und der Kulturpolitik.  
Jahresbetrag 40 KŁ, vierjährlich 160 KŁ, Einzelhefte 4 KŁ.  
Bestellungen durch den Vertrauensmann, die Schrittschaltstellen, Volksbuchhandlung oder direkt durch die Verwaltung in Prag II., Nekrasova 18.

## Der Weg ist frei.

In umfassender Weise wird in den Handelsblättern der bürgerlichen Zeitungen aufgezeigt, wie weit die Konzentration der Industrien fortschreitet. Aus den losen Preisvereinbarungen einzelner Industrien in der Vorkriegszeit ist nach dem Kriege die nahezu stürmische Verschmelzung einer großen Anzahl nationaler und internationaler Industriegruppen erfolgt und diese Bewegung ist noch keineswegs zum Stillstand gekommen. Vielmehr haben sich die außerordentlichen Formen der Monopol-Traust- und Kartellbildungen in der Weise gewandelt, daß kein lautes Geschrei in der Weise der Vereinigung mehr ausgeht, sondern daß alles sehr stille und ruhig abgemacht wird. Je weniger die Allgemeinheit davon erfährt, wie weit die Herrschaft der Wirtschaftskapitalisten reicht, desto besser. Es ist nicht notwendig, daß die Frauen, welche Seife und Margarine kaufen, wissen, daß ein großer Konzern, die Unilever, Riesengewinne schafft, weil sie die Preise dieser wichtigen Waren nach ihrem Belieben für einen großen Teil Europas und der übrigen Welt festsetzen kann; daß ein Papier-, Zucker-, Email-, Porzellan-, Glas-, Zinn-, Eisen-, Elektroartikel- und viele andere existieren, die ihnen durch ihre Preispolitik einen beträchtlichen Teil der wichtigen Bedarfsgüter indirekt besteuern. Es genügt, wenn sie widerprüchlos die Waren kaufen und bezahlen, wie es verlangt wird, und damit dazu beitragen, daß diese kartellierten Industrien immer kapitalstärker werden, weiter und umfassender rationalisieren und Riesengewinne einheimischen können.

Die ungeheure Gefahr, welche von dieser durchgehenden Vertiefung und Kartellwirtschaft auf die Verbraucher heraufbeschworen wird, und die zu willkürlichen Ausbeutungsobjekten für eine Handvoll Großkapitalisten macht, wird viel zu wenig erkannt und beachtet. Je mehr die Kartellierung und Vertiefung fortschreitet und den ganz großen Unternehmungen die Beherrschung des Marktes möglich macht, desto tiefer geraten die Verbraucher in die Abhängigkeit und in die Rolle der Ausgebeuteten hinein.

Wir müssen deshalb mit aller Kraft darnach streben, die wirtschaftliche Unabhängigkeit, die sich wenigstens die organisierten Verbraucher auf dem Gebiet der Warenversorgung errungen haben, auch auf die Warenherstellung auszuweiten, um damit die Grundlagen für eine planmäßige Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu schaffen. Durch die Konsumgenossenschaften werden die Verbraucher und ihr Bedarf erfährt. Durch die eigene Erzeugung soll dieser Bedarf vollständig befriedigt werden. Es soll wie in der Warenvermittlung nicht mehr der Gewinn des einzelnen ausschlaggebend für die Art der Versorgung sein, sondern einzig und allein das Interesse der organisierten Familien.

Dieses Interesse besteht darin, gute Warenqualitäten zu angemessenen Preisen zu erhalten. Die Erschütterungen des Wirtschaftslebens, hervorgerufen durch den wilden Spekulationstrieb

des privaten Unternehmerkapitals, das nur der Anhäufung von Gewinnen dient, soll durch vernünftige und planmäßige Erfassung und Befriedigung des Gesamtbedarfes aller Familien aufgehoben werden. Diesem Ziele streben wir durch die Errichtung der eigenen Produktionsstätten zu. Einzelne Konsumgenossenschaften errichten, wenn sie groß genug geworden sind, eigene Bäckereien, Fleischerien und sonstige Betriebsstätten, welche wichtige Bedarfsgüter des täglichen Verkehrs erzeugen und zu gerechten Preisen in einwandfreier Qualität an ihre Mitglieder abgeben. Wer kennt nicht die segensreiche, preisregulierende Tätigkeit, die unsere genossenschaftlichen Eigenbetriebsstätten beim Brot und Fleisch, bei Milch und Limonaden u. a. m. ausüben, durch welche nicht nur die Mitgliedschaft der Genossenschaften, sondern die gesamte Bevölkerung vor ungerechter Lieberverteilung geschützt wird. Es wiederholt sich immer und überall, in jedem Gebiet das gleiche Spiel, wenn eine Genossenschaft eine neue Verteilungsstelle einrichtet oder einen neuen Betrieb eröffnet. Flugs senken Händler und Erzeuger ihre Preise und entwickeln eine stundenweise Kundenfreundlichkeit, die nirgendwo vorhanden ist, wenn sie allein das Feld behaupten können.

Die im Sec-Verbande vereinigten Konsumgenossenschaften, welche 236.568 Mitgliederfamilien vereinigen, haben sich in ihrer Zentralorganisation dem Sec-Verbande eine Einrichtung geschaffen, die imstande ist, die Selbsthilfe auch auf dem Gebiete der Erzeugung im weiten Sinne des Wortes zu verwirklichen. Durch die Errichtung eigener Produktionsstätten und die Aufnahme der Erzeugung wichtiger Bedarfsgüter hat der Sec-Verband die Waffe geschaffen, welche die Verbraucher unabhängig vom Diktat der Kartelle und Truste macht und weiterhin das Bollwerk baut, um jede Verschlechterung der Lebenshaltung und die wachsende Bedrückung durch Monopol- und Kartellbildungen abzuwehren. Dazu bedarf es der Mithilfe aller schaffenden Menschen. Unsere eigene Produktion umfaßt eine ganze Reihe von schönen leistungsfähigen Betrieben, in denen Lebensmittel, Schuhe, Strümpfe, Wäsche, hemische Erzeugnisse und eine ganze Reihe anderer Bedarfsgüter erzeugt werden. In allen Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften sind die Erzeugnisse der Eigenbetriebe unseres Sec-Verbandes zu finden. Mit jedem Gut, das aus den eigenen Läden der Verbraucher in deren Haushalt wandert, um dort seine Verwendung zu finden, stärken wir unsere eigene Produktion und tragen mit dazu bei, daß in wirksamer Weise das Privatkapital getroffen wird. Die papierernen Proteste, die geschwollenen Phrasen, die ständig den Kampf gegen das Privatkapital verkünden und die einvernehmliche Gleichgültigkeit, die alles eben hinwimmt, wie es ist, werden die schaffenden Menschen niemals aus den heutigen Zuständen herausführen. Wir müssen durch stete unermüdete Arbeit die Grundlagen einer Wirtschaftsordnung, die uns dient, bauen.

Die Eigenproduktion des Sec-Verbandes hat ein bedeutendes Werk des wirtschaftlichen Aufbaues bereits geleistet. Es liegt nun in der Hand der zehntausenden Frauen und Männer überall und immer dafür einzutreten, daß dieses Werk weitergeführt wird. In jedem Haushalt gehören die Eigenprodukte unserer Eigenbetriebe und deren konsequente Verwendung ist ein Stück wirklicher Mitarbeit, die mehr als alles andere davon zeugt, daß wir Arbeitenden gewillt sind, nicht länger Passanten des raffenden Privatkapitals mehr zu sein.

Riedl E.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik

### Krisengewinne des Montan-Kapitalismus.

Die Rüstungsindustrie macht gute Geschäfte.

Nun erscheinen bereits die Jahresbilanzen der großen Industrieunternehmen, soweit sie eben gezwungen sind, öffentliche Rechnung zu legen.

Die Stodawerke weisen für 1930 einen Gewinn von 887 Millionen Kronen an, die Dividende beträgt 90 Kronen. Der Bergwerksbesitz ist mit rund 4 Millionen Kronen angegeben. Sonst beträgt der Aktivposten von Grundstücken, Industriegebäuden, Maschinen usw. 2934,8 Millionen, um 117 Millionen mehr als im Vorjahre. Die Abschreibungen betragen 123,5 Millionen, sind daher gegen das Vorjahr um 40 Millionen höher. Das Aktienkapital ist mit 200 Millionen angegeben. Außerdem sind nachfolgende Reservefonds vorhanden: Allgemeine Reservefonds 35,5 Millionen, Stabilisierungsfonds 306,68 Millionen, Reservefonds II 113,5 Millionen, Reservefonds III 221,8 Millionen, Steuerreserve 22,5 Millionen. Der Bruttogewinn ist mit 257 Millionen beziffert, somit um 37 Millionen höher.

Während also Hunderttausende Arbeiter in der Tschechoslowakei durch Arbeitslosigkeit ein Jahr schwerster Entbehrungen durchlebten, während der übrige, beschäftigte Teil der Arbeiterschaft bei geringsten, elenden Löhnen, immer in Angst um die Erhaltung dieser bescheidenen Existenz, das Jahr 1930 durchmachte, haben die Aktionäre der Stodawerke ohne geringste Schmälerung wieder Gold mit vollen Händen geschüttelt, ja, das fürchterliche Krisenjahr 1930 hat ihnen sogar noch einen sehr netten Uebergewinn eingetragen!

In der Bilanz, die der Öffentlichkeit vorgelegt wird, ist freilich nicht angegeben, was die Stodawerke, die doch bekanntlich Kriegs- und Friedensartikel erzeugen, an ihrer Abrechnung für Rüstungsindustrie und was sie etwa an der Automobil- und Maschinenindustrie verdient haben. Der Öffentlichkeit wird ja nicht einmal verraten, in welchem Verhältnis in den Stodawerken Rüstungsindustrie und andere Industrie betrieben wird. Man geht aber gewiß nicht fehl in der Annahme, daß die Stodawerke mindestens zur Hälfte auf Rüstungsindustrie eingestellt sind und ganz außer Zweifel steht es, daß die riesigen Krisengewinne für 1930 Gewinne aus der Rüstungsindustrie sind, da anzunehmen ist, daß die übrige Stodaproduktion im Wirtschaftsjahr 1930 kaum ein so gutes Geschäft gemacht hat.

Ein schreiender Gegensatz wird offenbar, wenn man dieses blühende Geschäft des Rüstungskapitals mit den Abriistungspfraxen vergleicht.

Es erscheint auch gar nicht als ausgeschlossen, daß das 1930er Bombengeschäft der Stodawerke einigermaßen Aufschluß geben könnte über den vorzeitigen Verbrauch des tschechoslowakischen Rüstungsfonds, wie überhaupt über die wahrscheinlich in allen Staaten getriebenen Rüstungsausgaben, die man sich eben noch rasch vor der nächsten Abriistungskonferenz geklärte hat!

Aber selbst aus den veröffentlichten Daten über die Stodabilanz gehen noch ein paar sehr

interessante Dinge hervor. So etwa die Tatsache, daß von 1929 auf 1930

der Arbeiter- und Beamtenstand in den Stodawerken von 37.388 auf 28.191 gesunken

ist. Ein gutes Viertel also der Arbeiter und Beamten der Stoda haben bei dem wahnwitzigen Rationalisierungstempo ihre Existenz verloren, während die Vorteile der Rationalisierung, die erhöhten Gewinne, ausschließlich dem Privatkapitalismus zugekommen sind. Und dieser kapitalistische Mehrprofit kommt natürlich in den an sich gewiß großen Gewinnziffern nur sehr teilweise zum Ausdruck, denn zu den ausgeschütteten 56 Millionen Dividende kommen ja noch die Abschreibungen, die Verschleierungen, die Lantienmen usw.

Laut Bilanz der Stodawerke konnte „mit Rücksicht auf die vollzogene Rationalisierung“ die Personalregie um 70 Millionen Kronen abgebaut werden. Wir sind überzeugt, daß von diesem Abbau nicht ein einziger der fürsächlich bezahlten Stodadirektoren betroffen wurde, daß

der Generaldirektor Loevenstein, der schätzungsweise so viel verdient, wie 2000 ganzjährig beschäftigte Arbeiter,

an der gelungenen Rationalisierung und dem günstigen Geschäftsjahr noch ein hübsches Sümmchen verdient.

„Gladaus!“

### Aus dem Jahresbericht der Buchdrucker-Gewerkschaft.

Die alle Gewerkschaften, so hat auch die Buchdrucker-Gewerkschaft „Typografická beseda“ in Prag am Ende des Jahres einen Rückblick gehalten über die bisherige Tätigkeit im Organisationsleben und den Mitgliedern einen ausführlichen, gedruckten Bericht vorgelegt. Dieser Bericht spiegelt die fleißige Arbeit der Leitung dieser diszipliniertere Organisation wieder, er zeigt Leistungen, die andere Organisationen anspornen könnte. Bekanntlich sind die Buchdrucker die einzigen Gewerkschaften, die, trotz ihrer politisch verschiedenartigen Ansichten, eine Spaltung vermieden haben, in dem vollen Bewußtsein der Stärke als einheitsliche Kampforganisation. Die allgemeine schwere Wirtschaftskrise, die viele Betriebe mit tausenden und hunderten tausenden Proletariern heimgeführt hat, ist auch katastrophal über die Buchdrucker hereingebrochen. Die deutschen Gebiete der Republik haben besonders unter dieser Krise zu leiden, da die Staatsaufträge restlos an die tschechischen Druckereien vergeben werden. Die Buchdrucker sind aber den übrigen Branchen um ein weites Stück voraus infolge des musterhaften Ausbaues ihrer Organisation. Jedes einzelne Mitglied leistet wöchentlich einen Beitrag, der über ein Fünftelteil des Lohnes beträgt. Nachstehend geben wir einige interessante Zahlen wieder, die aufzeigen, was eine an Mitgliedern schwache, aber an Disziplin starke Organisation vermag.

Die Organisation weist einen Mitgliederstand von 6133 auf.

An Arbeitslosenunterstützung wurden für 85.123 Tage ein Betrag von 369.336,50 K ausbezahlt. Diese Unterstützung betrug nach Leistung von 52 Beiträgen 9 K täglich, nach 200 Beiträgen 12 K täglich auf die Dauer von 100 Tagen. Mit Beginn des Monats Juni trat eine Änderung in der Unterstützung der Arbeitslosen ein, es werden nämlich nach Leistung von 26 Beiträgen 4,50 K und nach Leistung von 200 Beiträgen 6 K auf Rechnung des Verbandes auf die Dauer von 300 Tagen, sowie 13,50 K und 18 K auf Rechnung des Staates auf die Dauer von 182 Tagen ausbezahlt. Der Staatsbeitrag zur Arbeitslosen-Unterstützung betrug 1.076.249 K. Als Zuschuß zur ordentlichen sowie außerordentlichen Arbeitslosenunterstützung wurden vom Verbande 225.967 K beigetragen. An Summa wurden an Arbeitslose 1.901.752,50 K ausbezahlt.

An Krankenunterstützung wurden für 46.004 Tage 361.600 K, für Kranke in Sanatorien 31.934 K ausbezahlt. Insgesamt wurden an Kranke 393.534 K ausbezahlt, dies sind 28.091 K mehr als im Vorjahre. An Reiseunterstützung wurden ausbezahlt: 102.073 K, das ist um 41.820 K mehr als im vorigen Jahre. An Invalidenunterstützung wurden ausbezahlt: 830.885 K, das ist um 313.815 K mehr als im vorigen Jahre. Außerdem wurden bei verschiedenen Anlässen den Invaliden außerordentliche Zuweisungen ausbezahlt. An Begräbniskosten wurden ausbezahlt 50.200 K, das ist um 3600 K mehr als im Vorjahre. An Waisen-Unterstützungen wurden ausbezahlt: an 70 Waisen zusammen 26.128 K, das ist um 1552 K mehr als im Vorjahre. An Witwenunterstützung wurden ausbezahlt an 31 Witwen 18.640 K, das ist um 3130 K mehr als im Vorjahre.

Neben diesen finanziellen Ergebnissen weist auch der administrative Teil der Tätigkeit des Verbandes eine riefige Tätigkeit auf. Es wurden in Evidenz geführt: 180 Invalide, 31 Witwen und Waisen neben der endlosen Zahl der Erkrankungsfälle. Der Geschäftvertrieb vollzog sich außer der Zentrale in Prag noch in 46 Filialen und 23 Druckorten. Der Verband der Buchdrucker besitzt ein deutsches und ein tschechisches Fachblatt, das wöchentlich erscheint.

## Der Brief, der Schluß machte.

Von Adolf Schuster.

„Ich wollte, ich könnte es wieder gutmachen.“ sagte die Reinemachefrau aus dem Kontor gelagert, der Ellen verchiedenes geidant hatte, was sie bei ihrem Anzug aus dem alten Zimmer nicht mitnehmen wollte, weil die alte Frau ihr beim Ausräumen und Packen geholfen hatte.

„Ich bin so müde, Frau Volpers, ich möchte immerzu schlafen und an gar nichts mehr denken.“ Na, es wird auch wieder besser werden.“ Und so war Ellen die Treppe hinuntergegangen.

Ein neues Leben beginnt, dachte sie bei sich, und weit, weit weg von hier. Ob ihm wohl auch so zu Mute ist wie mir?

Sie spann ihre Gedanken weiter. Ein Ende mit Fred! Das hieß das Ende eines schönen Traumes. Er liebte sie, und sie waren fest verbunden, aber schließlich, seine Mutter und seine Schwester hatten gesagt. „O ja, sie hatten sie kein allmählich so weit gebracht, und endlich hatte sie nachgegeben. Und jetzt sollte er ein Mädchen heiraten, das sein Vater für ihn ausgesucht und das Geld erden, das der Alte ihm hinterlassen hatte. Und sie dachte, daß eigentlich Liebe nicht mit allem Geld der Welt aufzuwiegen werden konnte.“

„Wenn er Sie heiratet, dann fällt das ganze Vermögen an den Staat. Wir und Fred, werden ganz arm sein. Können Sie uns das antun — und Fred?“ So hatten sie gesagt, und sie hatte ihm schließlich geschrieben. Einen häßlichen, grausamen Brief, der das Ende sein mußte. Sie würde ihn nie widersehen und er würde sie vergessen. Mit solchen Gedanken ging sie aus dem Hause, um sich nach den Jagen zu erkundigen und eine Hochkarte zu besorgen.

Der besagte Brief an Fred war im Büro angekommen, als Fred gerade nach Hause gegangen war, und sein Sekretär hatte ihn auf Freds Schreibtisch gelegt. In Hause merkte er sofort, daß irgendetwas los war. Seine Mutter und seine Schwester benahmten sich so, als warteten sie auf etwas.

Schließlich fragte seine Mutter: „Wie war's im Geschäft? Gute Post gehabt?“

„An die vierzig Sachen werden dagewesen sein, aber nichts von Bedeutung.“ Was die beiden wohl vorhaben mochten, fragte er sich, und als sie nichts weiter fragten, ging er ans Telefon, um Ellen anzurufen.

„Wer willst du anrufen?“

„Ich will mit Ellen heute Abend weggehen.“ Seine Mutter kam auf ihn zu. „Bitte, geh heute nicht mit ihr aus. Warte, bis du die Frühpost gelesen hast.“ Fred, es ist bestimmt daß

leichte Mal, daß ich dir in der Angelegenheit mit Ellen etwas sage, aber ich bitte dich, geh heute Abend nicht mit ihr aus. Wenn du sie morgen dann immer noch heiraten willst, werde ich nicht mehr widersprechen.“

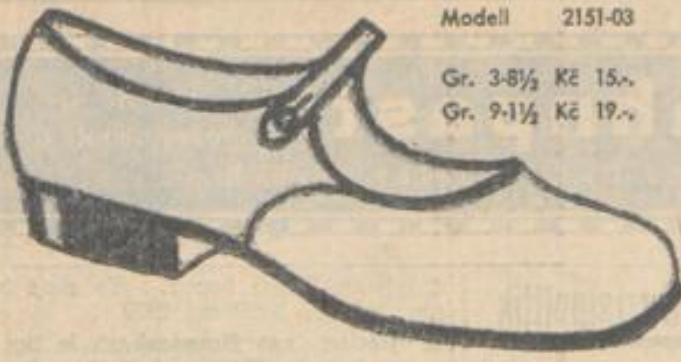
Also das war's, dachte er, aber er versprach, an diesem Abend im Haus zu bleiben.

Mutter und Schwester fürchteten, er könnte den nur allzu deutlichen Zusammenhang merken, aber schließlich hatte er ja nichts weiter gesagt. Vielmehr war ihr Plan also doch nicht so dumm, wie er ihnen jetzt hinterher erschien.

Fred sah am nächsten Morgen die Post durch, aber es war nur Geschäftliches. Gut, er hatte gestern Abend nachgegeben, jetzt müssen die beiden andern nachgeben. Er fuhr sofort zu Ellen. — Er traf sie gerade beim Ausbruch und fand sie ganz verstört über sein Kommen. Worum war er gekommen? Hatte er den Brief gar nicht bekommen? Und so kam alles heraus, was er am Abend zuvor nur undeutlich geahnt hatte. „Aber der Brief! Wenn du den Brief erhalten hättest!“ sagte sie einmal über das andere unter Tränen, „welches Glück, daß du ihn nicht bekommen hast!“

Und er erzählte ihr, wie sein Sekretär getobt hat, daß die Reinemachefrau einen Brief verlegt hätte, der gestern gekommen wäre, als er gerade gegangen war.





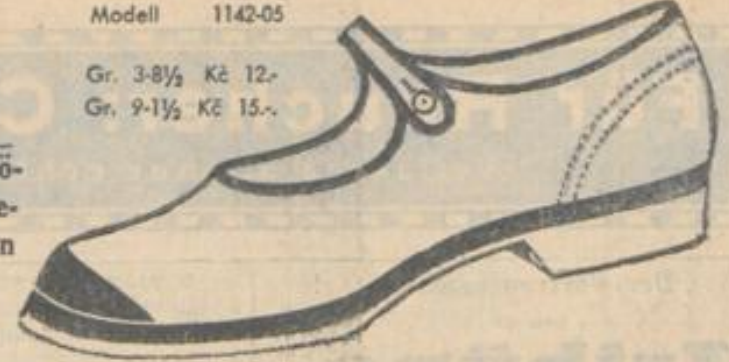
Modell 2151-03  
Gr. 3-8 1/2 K€ 15.-  
Gr. 9-1 1/2 K€ 19.-

Weisse Leinenschuhe mit Ledersohle und Absatz. Zum weissen Sommerkleid.

# Den Mädchen zum Frohnleichnamsfest.

Den Mädchen zum Frohnleichnamsfest diese schönen weissen Halbschuhe. Sie können auch dieselben zum Sonntagskleid während des ganzen Sommers tragen.

G-76.



Modell 1142-05  
Gr. 3-8 1/2 K€ 12.-  
Gr. 9-1 1/2 K€ 15.-

Weisser Spangenschuh mit geschmackvoller blauer Einfassung und elastischer Gummisohle.

**WEISSE STRÜMPFE MIT FARBIGER VERZIERUNG FÜR DEN SOMMER. K€ 4.—UND K€ 5.—**

## Gerichtssaal

### Höchst seltsame Geschäftsmethoden bei der Betriebskrankenkasse der Prager kädtischen Elektrischen Unternehmungen

Zweiter Verhandlungstag der Affäre Jolprecht. Das Urteil.

Prag, 21. Mai. Die heute fortgesetzte Verhandlung brachte im Zuge des Beweisverfahrens höchst sonderbare Einblicke in die Finanzgebarung dieses Unternehmens — einer Domäne der nationalsozialistischen Partei. Die Funktionäre und Beamten der Betriebskrankenkasse, die heute geladen waren, um darüber auszusagen, in welcher Art die Berechnungen mit dem angelegten Apotheker durchgeführt wurden, ließen keinen Zweifel darüber, was für Dinge man in diesen Kreisen für erlaubt und sogar nützliche und verdienstvolle Geschäftsmethoden erachtete. Der Gesamtschaden betrug nach Aussage der Revisoren insgesamt 464.472 Kronen.

Dag der Angelegte Jolprecht mit Wissen und Willen der leitenden Funktionäre von anderen Apothekern Rezepte dieser Kasse aufkaufte und den Betrag erhöhte, ist bekannt. Ebenso, daß er sich selbst Rezepte ausstellte, Rechnungen von Firmen fingierte, die gar nichts mit der Krankenkasse zu tun hatten und noch verschiedenes anderes. Dennoch wird behauptet und die Zeugen bestätigen es, daß niemand in Jertum geführt wurde, daß die Rechnungen und Rezepte zwar gefälscht wurden, aber im Einverständnis mit der Kassenleitung und nur zu dem Zweck, um andere eigentlich verbotene, aber für die Kasse nützliche Geschäfte zu maskieren, so daß die Kasse angeblich gar keinen Schaden, sondern Nutzen davon hatte. Man darf wohl annehmen, daß tatsächlich jemand Nutzen daraus gezogen hat — aber ob dieser jemand die Kasse ist, bleibt dahingestellt. Die Auslagen der Funktionäre Janda, Bures, Stribny und Soukup erluden etwa folgenden interessanten Inhalt:

Jolprecht lieferte an die Angestellten des städtischen Unternehmens — als Kassensmitarbeiter über nicht — Medikamente ohne Rezept. Ferner belieferte er die Kasse mit Spezialpräparaten zu billigen Preisen, was nach einem Protest der Prager Apotheker verboten wurde. Um diese seine Forderungen bezahlt zu bekommen, griff man, da eine offene Berechnung nicht möglich war, aber andererseits für den Fall einer Revision festens der Zentral-Sozialversicherungsanstalt unter allen Umständen Belege für die ausgegebenen Summen vorzulegen mußten, zum Ausweis der Fälschung von solchen Belegen, von denen beide Teile wußten, daß sie gefälscht seien. Die lebenswichtige Kassenleitung stellte sogar ihrem Geschäftsfreund Rezeptbuchs zur Verfügung, auf die er sich selbst die nötigen Rezepte ausarbeitete. In jeder Abrechnung gehörten 250 bis 300 solcher Belege (echte und gefälschte) und der Auszahlung stand nicht mehr im Wege. Der bürokratische Rechenapparat war Genüge getan und Jolprecht hat es angeblich nie verkannt, die Vorlage einer falschen Rechnung sehr zu schätzen. Was die Ausgabe von Medikamenten ohne Rezept betrifft, so schrieb er einfach Namen und Registrierungsnummer des Betreffenden auf einen Zettel und dieser wurde anstandslos honoriert. Freilich stellt Staatsanwalt Cesal fest, daß nach der Höhe des Betrages, der nur auf diese Manipulationen entfällt, viele Tausende von Patienten den gutbürgerlichen Apotheker in Anspruch genommen haben mußten, was dieser stolz bestritt. Diese eine Krankenkasse hat ihm, nach seinen Worten, mehr Patienten gestellt, als alle anderen zusammen. Er dürfte jedenfalls dabei nicht zu Schaden gekommen sein! Berechnungen und Unterlagen passierten eine zweifache Kontrolle. Revident Bures und Ober-Rechnungsrat Franz Sedláček erklärten als Zeugen, jede Post der Berechnungen sei durch Belege bestätigt gewesen. Natürlich — wenn man selbstgezeichnete Rezepte und Zettel, die einen Namen und eine Nummer enthalten, als Belege gelten läßt — dann ist alles in bester Ordnung. Es ist bezeichnend, daß die Verteidigung des letzteren Zeugen vom Gericht abgelehnt wird, weil man nach den protokollierten Aussagen die Möglichkeit, den Angelegten zu begünstigen, nicht ausschließen könne. Von der Betradung bezüglich der „fingierten“ Rezepte um wußten beide. Stravsky erklärt, er habe anlässlich der Rechnung der Firma „Farmosema“ in Anwesenheit der leitenden Herren dem Angelegten solche Manipulationen unterzogen. Der Fall war ja auch zu frag: Die Rechnung auf viele Tausende von Seiten einer Firma, die mit der Krankenkasse nie als ein Geschäftsverbindung geschlossen hatte, wie

konst war man, wie der Zeuge sagt, „liberal“, man „äuberte“ die Fingierung solcher Dokumente, wobei die Dubiosität so weit ging, daß man ihm sogar Blankette auslegte.

Unverständlich bleibt ferner, wie es trotz der großen Gewissenhaftigkeit der kontrollierenden Organe möglich ist, daß die späteren Revisoren feststellen mußten, daß die Belege für Rechnungen über 216.000 K einfach fehlen, daß ferner eine ganze Reihe von Posten sich auf den gleichen Beleg berufen, obwohl doch stets nur ein Posten dadurch gedeckt wäre. Das vermag auch niemand aufzuklären.

In die Hintergründe dieser Sache hineinzuleuchten, ist wohl unmöglich. Bemerkenswert ist die Antwort des Zeugen Stribny auf die Frage des Verteidigers, ob das alles nicht im Interesse der Kasse geschehen sei. „In weissen Interesse es lag, das weiß ich nicht.“

Die Verhandlung ist ein zäher Kampf zwischen Staatsanwalt Cesal, einem der besten Köpfe der Anklagebehörde, und dem sehr selbstbewußten Angelegten, bzw. dessen Verteidiger Dr. Heller. Nach fünfstündiger Verhandlung wird um 2 Uhr die Verhandlung auf eine Stunde unterbrochen. Dann folgten die Verlesung des ungehörten Aktenmaterials (51 Protokolle und Befunde) und die Kläders.

Der Senat verurteilte nach langer Beratung den Angelegten zu einer Arreststrafe von dreizehn Monaten. Der Verteidiger meldete Rechtsmittelbeschwerde an. rh.

## Kunst und Wissen

**Samstag, den 23. d. Aufführung für die Tischgesellschaft: „Der Hauptmann von Köpenick“**, ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer. Regie: Dr. Hans Brunow. Mitwirkende: Redelitz, Keller, Danil, Stahler, Wornholz, Albrich, Bauer, Böhm, Döhlitz, Janisch, Kühne a. G., Lieb, Seitzig, Müller-Glman, Padeljak, Kemner (Tiefrolle), Reinhardt, Reiter, Köhner, Schindler, Dr. Schweizerwisch, Schönborg, Ströhm, Zeit. — Bühnenbild: Leopold Kotalar. Kostüme: Trude Voltner. Anfang 7 1/2 Uhr (183-2).

**Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters**. Freitag, halb 8 Uhr: „Amphitryon 28“ (181-1). Samstag, 7.30 Uhr, Premiere: „Hauptmann von Köpenick“ (183-2). Sonntag, 7 Uhr: „Die Zauberflöte“ (Festvorstellung des Vereins abhold. Handelsschenswerter). Montag, 7.30 Uhr: „Hauptmann von Köpenick“ (183-3).

**Wochenplan der Kleinen Bühne**. Freitag, 7.30 Uhr: „Madel aus der Vorstadt“. Sonntag, 7.30 Uhr: „Die erste Frau Selb“. Montag, 7.30 Uhr: „Madel aus der Vorstadt“.

## Die Unanständigkeit des „Prager Tagblatt“, eine Vereinbarung nicht einzuhalten.

Wir sehen uns veranlaßt, der Öffentlichkeit folgenden Vorkfall zur Kenntnis zu bringen:

Der Prager Deutsche Theaterverein habe an die Chefredaktionen der Prager deutschen Tagblätter die Einladung zu einer Konferenz ergehen lassen, die am Mittwoch, den 20. Mai, stattfand. Die Konferenz wurde als vertraulich erklärt und die Journalisten ersucht, am folgenden Tage nur ein Kommuniqué zu veröffentlichen, das ihnen in der Sitzung vom Theaterverein vorgelegt wurde. Alle anwesenden Journalisten nahmen dies zur Kenntnis, nur der eine Vertreter des „Prager Tagblatt“, Herr Dr. Max Brod, und der Vertreter des „Montagsblatt“ erklärten zunächst, sich nur persönlich, nicht aber für ihre Redaktionen binden zu können, die vielleicht Meldungen über die Gegenstände der Konferenz, wenn sie von anderer Seite erlätet würden, aufnehmen würden. Dieser Vorbehalt rief in der Konferenz sowohl bei den Ausschussmitgliedern als auch bei den Journalisten starkes Bestreben hervor. Herr Abgeordneter Professor Kaffka, der Hauptredakteur des Theatervereins, stellte nun ausdrücklich fest, daß sowohl die Vertraulichkeit als auch das Übereinkommen, zunächst nur das Kommuniqué ohne irgendwelche Zusatzbemerkung zu bringen, eben als Vereinbarung, als bindende Abmachung zu gelten habe. Raunoch wurde von keiner Seite ein Einwand erhoben. Die Konferenz schloß unter der allgemeinen Zustimmung dieser Bedingung. Und gestern veröffentlichte die Prager deutschen Blätter, natürlich auch der „Sozialdemokrat“, lediglich das Kommuniqué, ohne jeden

Zusatz, wie eben vereinbart. Nur das „Prager Tagblatt“ brach das Übereinkommen, indem es an das Kommuniqué ausführliche Betrachtungen knüpfte. Darunter auch eine Bemerkung, deren Inhalt sich mit dem des ursprünglichen, später in der Sitzung gemeinschaftlich eliminierten Schlüsselpassus des Kommuniqués deckt!

Dies die Tatsachen. Sie führen zu dem glatten Urteil, daß sich das „Prager Tagblatt“ als einzige Zeitung an die Vereinbarung nicht hielt, ein Abkommen brach, von dem das vornehme Blatt wußte, daß sämtliche anderen Blätter sich daran halten würden! Eine grobe Unanständigkeit, mit der sich das „Prager Tagblatt“ nicht nur vor allen Teilnehmern der Konferenz, sondern vor der ganzen anständigen Journalistik und vor der ganzen Öffentlichkeit gerichtet hat.

Von den Gründen dieser Unanständigkeit liegt der eine klar zutage, daß nämlich das „Prager Tagblatt“ um jeden Preis, eben auch um den der Korrektheit, der Anständigkeit, des Worthaltens, den Eindruck alleiniger journalistischer Fixigkeit und Informiertheit herbeizuführen will.

Was den hauptsächlichsten Vertreter des „Prager Tagblatt“ in der besagten Konferenz anlangt, nämlich Herrn Dr. Max Brod, so war er zweifellos verpflichtet, alles zu tun, um seine Redaktion an dem Bruch der Vereinbarung zu verhindern. Wie weit er dieser Verpflichtung nachkam, ist uns nicht bekannt. Aber auch wenn er sie restlos erfüllt haben sollte, bleibt ihm der Vorwurf nicht erspart, daß er dann die andere, moralische und kollegiale Verpflichtung, die übrigen Blätter noch am selben Tage über den bevorstehenden Bruch der Vereinbarung durch sein Blatt zu informieren, unbedingt hätte erfüllen müssen. Ueber diesen Umstand und auch darüber, daß Herr Max Brod in einwandfreier Angelegenheit, dort, wo es sich um Vereinbarung, Anstand, Korrektheit und Kollegialität handelt, sich in seiner Redaktion nicht durchzusetzen vermag, lassen wir die Öffentlichkeit Richter sein.

Im übrigen ist abzuwarten, ob und wie die übrige, bürgerliche Presse und die Journalisten und wie vor allem der Theaterverein auf diesen widerlichen Bruch einer Vereinbarung durch das „Prager Tagblatt“ reagieren werden.

## Sport • Spiel • Körperpflege

Die **Vändermannschaft des österreichischen Arbeiter-Fußballverbandes** gewann in Teikaviv gegen die Auswahlmannschaft des palästinischen Sportverbandes mit 3:2. Der palästinische Verband hat die österreichische Mannschaft zu einem Rückspiel gegen seine Verbandsmannschaft verpflichtet. Auf der Rückreise soll in Athen ein Spiel gegen eine griechische Mannschaft ausgetragen werden.

Die **Ausscheidungskämpfe des Deutschen Arbeiter-Sportbundes** für das 2. Arbeiter-Olympia in Wien hatten folgende Ergebnisse: 1. Faustball (Kartelrube-Küppert) 86:1 Ringe; 2. Faust (Vojta) 4:1; 3. Faust (Förstner) 78:6; 4. Glanz (Frankfurt a. M.) 76:1; 5. Heiserich (Frankfurt a. M.) 75:7; 6. Reiter (Frankfurt a. M.) 72:1 Ringe.

**Schweizer Arbeitersport in Zahlen**. Vor Jahresfrist verließen die Kommunisten durch ihre Spaltungaktion im Schweizer Arbeiter-Turn- und Sportverband (SATU) auch diesen ansehnlichen Verband zu zerfallen. Daß ihnen dies nicht gelang ist, beweisen die Mitgliederzahlen. Der SATU zählte zu Beginn des Jahres 1931 in 289 Sektionen 23.516 Mitglieder. Vor der Spaltung waren es 25.129 Mitglieder in 296 Vereinen. Im verflohenen Jahr konnten bereits 39 Vereine neu aufgenommen werden und der Zustrom läßt unübersehbar an. Die Verbaktion, die der SATU, gegenwärtig durchführt, wird die kleine Scharte ausweiten, und dem weiteren Aufstieg steht kein Hindernis mehr im Wege. Erwähnenswert ist, daß die Turnerinnen eine Vermehrung von über 4000 Mitgliedern zu verzeichnen haben.

## Der Film

**Max Germania** filmt bei Paramount. Daily O'Gra, die vor einigen Tagen zur deutschen Schenkheitskönigin gekrönt wurde, erhielt von der Paramount ein Filmangebot. Sie spielt eine größere Rolle in dem Paramount-Film „Das Kon-

zert“, der nach Hermann Böhm bekannter Komödie von Leo Mittler in den Jolavise-Studios inszeniert wird.

**Edi Baum** schreibt einen Lubitsch-Film. Die bekannte Romanschriftstellerin Edi Baum hat einen Autoren-Bertrag bei der Paramount unterzeichnet. Die Regie ihres ersten Paramount-Filmfilms wird Ernst Lubitsch führen.

## Vereinsnachrichten

**Ortsgruppe Prag, Fliegler** (Vereine). Zusammenkunft 13 Uhr im Biergasse und ins Salmi-15 Minuten. Wilson-Denkmal. — **Fliegler** Sonntag: Zusammenkunft bis halb 8 Uhr Zentralkomitee Bohm; Hof-Ausflug der Zurückgebliebenen, Führung gewählt. Traget das Vereinsabzeichen! — **Ausflug- und Führer-Sitzung** am Donnerstag, den 28. Mai, halb 8 Uhr, Arbeiterverein. — **Vereinsabend** am 11. Juni, Kizza.

## Literatur

**Heinrich Cunow: Allgemeine Wirtschaftsgeographie**. Zweiter Band: Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Amerika. J. F. W. Dieckhoff, G. m. b. H., Berlin, 1931. — Ein Cunows profunde Werke über die Wirtschaftsgeschichte aller Zeiten liegt nun der dritte Band vor, der die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse von etwa 1650 bis 1914 behandelt. Zuerst wird Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung nach dem Dreißigjährigen Kriege dargestellt, die Entwicklung seines Handels, die Entstehung seiner Industrie, die Modernisierung seiner Landwirtschaft, die Einführung von Weid- und Bauland bis zum Beginn des Weltkrieges. Ebenso wird die Wirtschaftsgeschichte Frankreichs, seine agrarische und industrielle Entwicklung, sowie besonders ausführlich Englands — sein Werden zur Weltwirtschaftsmacht — dargestellt. Schließlich wird auch der Wirtschaftsgeschichte Rußlands und der Vereinigten Staaten gedacht. — Der vierte Band des Cunowschen Werkes zeigt alle Vorgänge der früheren Arbeiten des Berliner Universitätsprofessors, jede Angabe ist verlässlich und belegt, die wissenschaftliche Genauigkeit ist beispiellos. (E. S.)

**Verleger:** Georg Olzog  
**Vertriebsleiter:** Wilhelm Reiser  
**Verantwortlicher Redakteur:** Dr. Emil Strauß, Post-Druck „Kolo“ K. G. für Zeitungen und Buchdruck. Preis für den Druck verantwortlich: Otto Gullik, Verlag für Zeitungs- und Buchdruck, Post-Druck „Kolo“ K. G. für Zeitungen und Buchdruck. Preis für den Druck verantwortlich: Otto Gullik, Verlag für Zeitungs- und Buchdruck, Post-Druck „Kolo“ K. G. für Zeitungen und Buchdruck.

## KINO-PROGRAMM

Vom 22. Mai bis 29. Mai 1931.  
**Wran-Urania-Kino** 2174  
Einziges deutsches Kino Prags. Tel. 34.123  
**„Zapfenstreich am Rhein“**  
Premiere eines neuen Tonfilmoperette.

**Gastwirtschaft**  
**LIDOVÝ DŮM**  
(Gen. Wilhelm Opotný)  
Tägliche Konzerte. PRAG II., Hybernská Nr. 7.

## Wo verkehren wir?

**Café „Continental“, Prag, Graben**  
**Eine**  
Krankheitskrankheit  
ist heute dem modernen  
Gesellschaftsmenschen  
so  
**Anzeige**  
in die Hand gegeben. Sie  
kann aber nur durch ein  
Wunder  
arbeiten  
immer!  
**Taubheit geheilt.**  
Die Erfindung „Euphonia“  
des Spezialisten  
führt. Heiligt Scherberg  
für. Chronikanten und  
Chorenlied. — Zahlreiche  
Dankschreiben. Unentgelt-  
liche Probestunde. Verändere  
auf Verlangen „Euphonia“  
in die Hand gegeben. Sie  
kann aber nur durch ein  
Wunder  
arbeiten  
immer!  
(Polen) 1168